

Tagung

„Strategien zur Erforschung der Governance im Bildungswesen.“

Johannes Kepler Universität Linz, 25.–26. November 2010

Abstractband

Impulsreferate

Donnerstag, 25.11.2010; 14 15–14 45 Repräsentationsraum G

Uwe Schimank (Universität Bremen)

Governance und Professionalisierung – soziologische Perspektiven der Governance-Forschung

Governance-Reformen in Richtung des "new public management" (NPM) haben oftmals Berufe im Visier, die Professionen darstellen oder sich zumindest auf dem Weg der Professionalisierung befinden. Das gilt für Krankenhausärzte, Richter oder Professoren ebenso wie für Lehrer. Professionalisierung bedeutet, dass Berufe für sich erfolgreich eine besondere Autonomie reklamieren können: an organized occupation gains the power to determine who is qualified to perform a defined set of tasks, to prevent all others from performing that work, and to control the criteria by which to evaluate performance. (Freidson 2001: 12) Diese soziale Schließung stellt die wohl größte Barriere dar, auf die eine Umsetzung von NPM stößt. Vor diesem Hintergrund muss sich die Governanceforschung verstärkt mit Professionalisierung beschäftigen. Einige diesbezüglich relevante Fragerichtungen werden im Referat skizziert.

Donnerstag, 25.11.2010; 14 45–15 15 Repräsentationsraum G

Julia von Blumenthal (Humboldt Universität Berlin)

Governance im und durch den Staat – politikwissenschaftliche Perspektiven der Governance-Forschung

Die politikwissenschaftliche Governance-Forschung deckt ein breites Spektrum normativer wie analytisch orientierter Ansätze ab. Gemeinsam ist ihnen die Beobachtung, dass Regieren oder politische Steuerung nicht nur einseitig hierarchisch, sondern in vielfältigen Formen stattfindet. Netzwerk und Verhandlung, aber auch Markt und Wettbewerb stehen als grundlegende Governance-Mechanismen im Zentrum der Aufmerksamkeit. Governance wird dabei sowohl als Struktur als auch als Prozess untersucht, insofern kann politikwissenschaftliche Governance-Forschung auch als neo-institutionalistisch inspirierte Interaktionsforschung charakterisiert werden. Aus politikwissenschaftlicher Sicht von besonderer Bedeutung ist, wie Governance-Forschung mit ihrem Fokus auf kooperative und horizontale Steuerungs- und Interaktionsformen so formuliert werden kann, dass zentrale politikwissenschaftliche Fragen wie die nach Macht und nach der Legitimation politischer Entscheidungen nicht vernachlässigt werden.

Freitag, 26.11.2010; 09 00–09 30 Repräsentationsraum G

Helmut Fend (Universität Zürich)

Strategien zur Erforschung der Governance im Bildungswesen aus der Perspektive der Schultheorie

Abstract:

wird nachgereicht

Freitag, 26.11.2010; 09 30–10 00 Repräsentationsraum G

Eckhard Klieme (DIPF Frankfurt)

Strategien zur Erforschung der Governance im Bildungswesen aus der Perspektive der Bildungsforschung

Abstract:

wird nachgereicht

Forschungswerkstatt

Regionalisierung

Donnerstag, 25.11.2010; 16 15–17 15 Repräsentationsraum D

Bernd Zymek (Universität Münster)

Interkommunale Mobilität und Konkurrenz auf dem Gebiet der Schulentwicklung unter den Bedingungen demographischer Schrumpfung. Empirische Analysen am Beispiel eines Kreises im suburbanen Raum des Münsterlandes

Der Geburtenrückgang und die schwindenden Akzeptanz der Hauptschulen erzwingen heute in der Bundesrepublik Deutschland einen Rück- und Umbau der örtlichen und regionalen Schulangebotsstrukturen und damit einem schleichenden Strukturwandel des ganzen Schulsystems. Dies geschieht (z.B. Im Bundesland Nordrhein-Westfalen) gegen den programmatischen Willen der amtlicher Schulpolitik; dieser Prozess widerspricht aber auch in vieler Hinsicht Grundannahmen und Strategien einer Steuerung der Schulentwicklung durch Modelle der Gouvernance, wie sie seit einigen Jahren von tonangebenden akademischen Experten auch in der Bundesrepublik Deutschland vertreten werden. Die Konstellationen und die Dynamik des vielschichtigen Prozesses des Rück- und Umbaus des Schulsystems sollen am Beispiel des Kreises Warendorf (Regierungsbezirk Münster) auf der Grundlage der (inzwischen sehr differenzierten und auch bis auf die Ebene der Einzelschule spezifizierten) Daten analysiert werden, die vom Landesamt IT des Landes Nordrhein-Westfalen für Forschungen zur regionalen Schulentwicklung zur Verfügung gestellt werden können. Es soll – erstens – beispielhaft gezeigt werden, welche empirischen Analysen mit diesem Datenmaterial möglich sind und - zweitens - die Ergebnisse mit Grundannahmen von Theorien der Gouvernance kontrastiv und kritisch diskutiert werden. Es wird die These vertreten, dass die Prozesse der lokalen und regionalen Schulentwicklung viel stärker von der Dynamik sozialer Prozesse und politischen Konfliktkonstellationen vorangetrieben werden, als dies in den meisten Modellen der Steuerung der Schulentwicklung durch Gouvernance anerkannt und berücksichtigt wird.

Donnerstag, 25.11.2010; 17 15–18 15 Repräsentationsraum D

Thomas Brüsemeister/Sebastian Niedlich (Universität Gießen)

Müssen sich Theorien und Methoden ändern, je regionaler die zu untersuchenden Akteure und Strukturen sind? Zur wissenschaftlichen Begleitforschung des Projekts „Lernen vor Ort“

Sebastian Niedlich (Berlin) und Thomas Brüsemeister (Gießen) stellen das Theorie- und Methodendesign der wissenschaftlichen Begleitung (11/2009 bis 10/2012) für das BMBF-Projekt „Lernen vor Ort“ vor, das aus der Governance-Perspektive heraus untersucht wird. In dem Projekt nehmen deutschlandweit 40 Kommunen und Städte teil, um – gefördert mit Geldern des Europäischen Sozialfonds – ein übergreifendes regionales Bildungsmanagement aufzubauen. Die Teilnahme sehr verschiedener Kommunen aus allen Bundesländern bringt ein extrem heterogenes Sample mit sich, für das verschiedene Belastungs- und Handlungs-Indizes gefunden werden müssen. Im Zuge des „spatial turns“ wird in theoretischer Hinsicht die Region als Handlungseinheit begriffen, ohne dass die verschiedenen Verwaltungs-, Organisations- und Handlungstheorien sowie die Governance-Perspektive dies schon angemessen nachvollzogen hätten. Für das Projekt sollen die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der theoretischen und methodischen Begleitung vorgestellt werden. Eine Hauptfrage wird im Zentrum stehen: Müssen sich Theorien und Methoden ändern, je regionaler die zu untersuchenden Akteure und Strukturen sind?

Freitag, 26.11.2010; 11 15–12 00 Repräsentationsraum D

Stefanie Schmachtel (Universität Kopenhagen)

Regional Educational Governance-Prozesse im Licht der kulturhistorischen Tätigkeitstheorie

Zur Diskussion gestellt werden sollen die Methodologie und Ergebnisse aus einem Dissertationsprojekt, das die Governance-Tätigkeit einer lokalen Steuergruppe im Rahmen eines regionalen Bildungsprojekts in Hamburg untersucht. Im Sinne einer regionalen Bildungslandschaft geht es in diesem Projekt darum, die Bildungssituation in einer durch Armut und Multikulturalität gekennzeichneten Hamburger Region durch eine systematische Vernetzung schulischer und außerschulischer Einrichtungen zu verbessern. Die beforschte lokale Steuergruppe ist einrichtungsübergreifend und multiprofessionell zusammengesetzt und umfasst Leitungspersonen von schulischen und nicht-schulischen Einrichtungen.

Anhand ausgewählter Ergebnisse erläutert der Beitrag, welchen Mehrwert eine „Analysebrille“ basierend auf Konzepten der kulturhistorischen Tätigkeitstheorie hat und wo Herausforderungen und Grenzen eines solchen Ansatzes zu verzeichnen sind. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei die Frage, wie die unterschiedlichen Handlungslogiken der Akteure in der lokalen Steuergruppe zusammenwirken und was dabei entsteht. Die Studie greift auf ein qualitativ angelegtes Methodendesign sowie auf eine Feldarbeitsperiode von fast drei Jahren zurück.

Die kulturhistorische Tätigkeitstheorie (Cultural-historical activity theory, kurz CHAT) hat ihre Wurzeln in der russischen Psychologie des frühen 20. Jahrhunderts, vertreten durch Autoren wie L. S. Vygotsky und A. N. Leontiev, deren Arbeit international rezipiert und in einer stetig wachsenden interdisziplinären Scientific Community weiterentwickelt wurde. In den 90er Jahren rückten kollektive Lernprozesse als Forschungsgegenstand zunehmend in den Fokus. Die Anwendung von Konzepten der kulturhistorischen Tätigkeitstheorie auf die Erforschung von Governance-Prozessen schließt sowohl in der CHAT-Literatur als auch in der Educational Governance-Forschung eine Lücke.

Freitag, 26.11.2010; 12 00–12 45 Repräsentationsraum D

Axel Gehrmann/Sascha Pelzmann (Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd)

Vernetzung von kommunalen Entscheidungsträgern und wissenschaftlichen Akteuren als Steuerungs-voraussetzung regionaler Bildungslandschaften

Angespornt durch die Befunde internationaler Schulleistungsstudien (TIMSS, PISA, IGLU) rückte mit dem Anbeginn der 21. Jahrhunderts einmal mehr die dringliche Notwendigkeit einer profunden Verbesserung des Bildungssystems in den Fokus der bundesrepublikanischen Bildungsdiskussion. Eine der hierdurch angestoßenen Veränderungen ist die Implementierung bzw. der Ausbau von Bildungsregionen. Das vom BMBF geförderte Programm Lernende Regionen (seit 2001) und dessen Nachfolger Lernen vor Ort (seit 2009) sowie das Impulsprogramm Bildungsregionen in Baden-Württemberg (seit 2010) stehen für diesen Formierungsprozess im Rahmen von Educational Governance. Neben der Einrichtung von Steuerungsgruppen und Bildungsbüros gehört es hierbei dazu, in der Bildungsregion ein systematisches, kommunal-spezifisches Bildungsmonitoring zu platzieren, dessen Dreh- und Angelpunkt eine kontinuierliche Bildungsberichtslegung darstellt.

Der Beitrag soll exemplarisch zeigen, wie sich die Vernetzung einer „Akteurskonstellation“ (Kussau/Brüsemeister 2007, S. 26) innerhalb einer sich formierenden Bildungsregion etabliert und wie kommunale Entscheidungsträger und wissenschaftlichen Akteure im Rahmen des Bildungsmonitorings agieren, kommunizieren und sich verknüpfen („Lerntandem“). Hierbei lässt sich aus ersten Beobachtungen an zwei Beispielen aus Ostwürttemberg (Ostalbkreis und Stadt Schwäbisch Gmünd / insgesamt fast 450 000 Einwohner) erkennen, dass im Implementierungsprozess dieser neuen Steuerungsstrukturen auf kommunaler Ebene das Bildungsbüro zum Nukleus der Steuerungspraxis wird. Für die theoretische Erklärung entwickelte die wissenschaftliche Begleitung der Bildungsregion Ostalb sowie der Stadt Schwäbisch Gmünd ein „Nukleusmodell“, welches die Prozesssteuerung durch

	<p>Berichtslegung systematisiert und die koordinierende Funktion des Bildungsbüros betont (vgl. Gehrmann/Pelzmann 2010). Das Modell wird im Beitrag erläutert und als Forschungsstrategie an Hand von Beispielen näher beleuchtet.</p> <p>Literatur:</p> <p>Gehrmann, A./Pelzmann, S. (2010): Bildungsberichterstattung im kommunalen Raum. Der Ostalbkreis als Beispiel aus Baden-Württemberg. In: berufsbildung. Zeitschrift für Praxis und Theorie in Betrieb und Schule, 64. Jg., Heft 123 (Erscheinungsdatum: Juni 2010).</p> <p>Krussau, J./Brüsemeister, T. (2007): Educational Governance: Zur Analyse der Handlungskoordination im Mehrebenensystem der Schule. In: Altrichter, H./Brüsemeister, T./ Wissinger, J. (Hrsg.): Educational Governance. Handlungskoordination und Steuerung im Bildungssystem. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.</p>
Regionalisierung	<p>Freitag, 26.11.2010; 14 00–14 45 Repräsentationsraum D</p> <p><i>Veronika Maniti</i> (TU Dortmund)</p> <p>Regionale Bildungsbüros als kommunales Unterstützungssystem</p> <p>In Nordrhein-Westfalen sind inzwischen 42 von 53 Kommunen den Kooperationsvertrag mit dem Land zur „Weiterentwicklung Regionaler Bildungsnetzwerke“ eingegangen und im Zuge dessen entstehen und sind bereits auch schon im Kontext des Modellvorhabens „Selbstständige Schule“ Regionale Bildungsbüros in den Kommunen entstanden. Im Rahmen eines Promotionsvorhabens soll dieser Akteur im Bildungswesen untersucht und beschrieben werden, wobei forschungsleitend die Frage nach der Ausdifferenzierung des Unterstützungssystems Bildungsbüros sowie ihre differente Anbindung an die festen Verwaltungsstrukturen der Kommunen sollen erfasst werden und vor dem Hintergrund theoretischer Governance-Folien interessiert die Verortung von Bildungsbüros als Instrument von Handlungskoordination (was auf die Schwierigkeit verweist, dass Regionale Bildungsbüros als zu kommunalen Einrichtungen gehörend aufgrund der Trennung zwischen inneren und äußeren Angelegenheiten nicht innere Angelegenheiten steuern dürfen, in der Praxis dies aber durchaus geschieht).</p> <p>Ziel ist die Gewinnung eines Verständnisses der Form der Steuerung durch Regionale Bildungsbüros im Bildungswesen und eine anvisierte „Klassifikation“ dieses Akteurs. Hierfür sollen über einen Survey sämtliche 43 Bildungsbüros befragt werden und mithilfe einer Fallstudie das Regionale Bildungsbüro Dortmund weitergehend untersucht werden (Experteninterviews, Dokumentenanalyse). Das Dissertationsvorhaben befindet sich derzeit noch in den Anfängen. Zum Zeitpunkt der Tagung wird ein tieferes Theorieverständnis erarbeitet und das Forschungsdesign und die Fragestellungen zur Diskussion vorstellbar sein.</p>

Donnerstag, 25.11.2010; 16 15–17 15 Repräsentationsraum H

Barbara Asbrand/Nina Heller/Sigrid Zeitler (Goethe-Universität Frankfurt am Main)

Rekonstruktion von Prozessen der Implementation von Bildungsstandards auf Schulebene

Fragestellung und methodische Vorgehensweise: Das Erkenntnisinteresse der Studie bezieht sich auf die Beschreibung der Prozesse der Implementation bei der Einführung der Bildungsstandards in Schulen. Die Fragestellung lautet, was Lehrerinnen und Lehrer unternehmen, um die Orientierung an Bildungsstandards in ihr schulisches Alltagshandeln, insbesondere in die Gestaltung des Unterrichts zu integrieren.

Für die qualitativ-empirische Erforschung der Implementationsprozesse in Lehrerkollegien wurden Gruppendiskussionen mit Fachkonferenzen unterschiedlicher Fächer an Schulen unterschiedlicher Schulformen aus mehreren Bundesländern in Deutschland erhoben, da für die Entwicklung einer empirisch begründeten Typenbildung ein möglichst kontrastreiches Sample Voraussetzung ist. Ergänzend wurden teilnehmende Beobachtungen und Audioaufzeichnungen in ausgewählten Fachkonferenzsitzungen der interviewten Lehrkräfte durchgeführt. Aus den Gruppendiskussionen mit Fachgruppen wurden deren handlungsleitenden Orientierungen mit Hilfe der Dokumentarischen Methode nach Bohnsack (2007) rekonstruiert.

Hauptergebnisse: Diese beziehen sich auf die Frage, wie die Lehrkräfte die Differenz zwischen Schule und Bildungspolitik wahrnehmen und ihre Handlungspraxis innerhalb dieses Spannungsverhältnisses sehen, ihr Verständnis von Bildungsstandards, ihre Vorstellungen von Lehren und Lernen sowie die Bedeutung impliziter Muster der Unterrichtsplanung für die Implementation eines kompetenzorientierten Unterrichts. Im Rahmen einer soziogenetischen Typenbildung (Bohnsack) können diese, für die Umsetzung und Adaption der Bildungsstandards in der Schul- und Unterrichtspraxis relevanten Orientierungen auf die Erfahrungen in Schul- und Unterrichtsentwicklungsprozessen und die je schulformspezifische beruflichen Sozialisation der Lehrkräfte zurückgeführt werden.

Relevanz für die Erforschung der Governance des Bildungswesens: Altrichter und Maag Merki (2010) beschreiben als ein wesentliches Merkmal der Governanceperspektive die Grenzen direkter Steuerung. Vielmehr verweist die Governanceanalyse auf die Relevanz der Eigenlogiken und -dynamiken der verschiedenen Akteure und Systeme. Indirekte Steuerung erfolgt im Mehrebenensystem des Bildungswesens als indirekte Beeinflussung und im Rahmen aktiver Übersetzung bzw. Rekontextualisierung (Fend) der verschiedenen Akteure, intentionales Steuerungshandeln kann nicht-intendierte Wirkungen zeigen (Altrichter/Maag Merki 2010). In dem Beitrag zu einer Forschungswerkstatt soll anhand des Umgangs von Lehrkräften mit dem Steuerungsimpuls „Bildungsstandards“ das spezifische Potenzial der dokumentarischen Methode zur Erforschung dieser indirekten Wirkungen von Steuerung aufgezeigt werden. Zentral für die dokumentarische Methode ist die diskursanalytische und fallvergleichende Vorgehensweise. Sie ermöglicht einen empirischen Zugang zum konjunktiven Wissen im Sinne Karl Mannheims (1980), dem in sozialen Milieus ebenso wie in Organisationen geteilten impliziten Wissen. Dies zeichnet die dokumentarische Methode im Vergleich zu anderen Auswertungsverfahren der qualitativ-empirischen Forschung aus. Insofern hat sie sich auch im Feld der Evaluations- und Organisationsforschung bewährt (vgl. Bohnsack/Nentwig-Gesemann 2010; Vogd 2009). Mit dem Zugriff auf die implizite Wissens Ebene können jene Handlungen und Entscheidungen empirisch rekonstruiert werden, die sich in Steuerungsprozessen jenseits der Intentionalität und Rationalität von Steuerung ereignen (vgl. Altrichter/Maag Merki 2010). In der Rekonstruktion kommen die Eigenlogiken der beteiligten Akteure in den Blick, im Rahmen des Fallvergleichs können sie zudem in ihrem spezifischen Kontext gesehen und analysiert werden und die Orientierungen verschiedener Akteure innerhalb und zwischen Organisationen relationiert werden.

Donnerstag, 25.11.2010; 17 15–18 15 Repräsentationsraum H

Axel Gehrmann/Tobias Haas/Volker Zimmer (Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd)

Regionales Bildungsmonitoring konkret Chancen und Grenzen regionaler Bildungsberichterstattung – Das Beispiel Ostwürttemberg

Der starke 'Rückenwind', den die Bildungsberichterstattung u. a. durch die Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring der Kultusministerkonferenz der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK 2006) erfährt, lässt ein erhebliches Vertrauen in das Steuerungspotential von Berichtslegungen erahnen. Gleichwohl wird vor dem Hintergrund der bereits vorliegenden Bildungsberichte auf Ebene des Bundes und der Länder immer deutlicher, dass die hoch aggregierten Indikatoren auf kommunaler Ebene nur geringfügig für konkretes Steuerungshandeln nutzbar sind. So ist es logische Konsequenz, dass nach und nach, forciert durch Projektinitiativen wie Lernen vor Ort des BMBF/ESF, das Impulsprogramm Bildungsregionen in Baden-Württemberg oder die Aachener Erklärung des Deutschen Städtetags (Deutscher Städtetag 2007), auch erste Bildungsberichte in Regionen, Kreisen und Städten in Deutschland entstehen. In diesem Zusammenhang soll der Beitrag das Bildungsmonitoring in der Region Ostwürttemberg thematisieren, innerhalb derer bis Ende 2010 drei (miteinander verwobene) Bildungsberichte entstehen. Das Augenmerk wird dabei auf die Machbarkeit der Bildungsberichte fokussiert, dies aus einer akteurstheoretischen und einer datengestützt, ergebnisspezifischen Perspektive.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Machbarkeit der Bildungsberichte stark mit der kooperativen Vernetzung der verschiedenen Beteiligten und Akteurebenen vor Ort positiv kovariert und dass die Datengewinnung eine Expertise erfordert, die nicht selbstverständlich in den Regionen und Kommunen gegeben ist. D.h., einerseits muss hinsichtlich der Erstellung von Bildungsberichten eingestanden werden, dass diese infolge mannigfacher Abstimmungsaspekte über regional bedeutsame Inhalte, einer wissenschaftlichen Expertise und rechtlichen Legitimation zur Erhebung verwaltungsinterner, steuerungsrelevanter Daten bedürfen. Andererseits ist hypothetisch davon auszugehen, dass die gewonnenen Daten nicht selbstverständlich von den Verantwortungsträgern in der Rezeption adäquat 'gelesen' und interpretiert werden, weil Referenzfolien fehlen bzw. vermeintlich gekannte lokale Gegebenheiten bzw. Routinen durch die Berichtslegung nicht konterkariert werden. Der Beitrag zeigt an drei Beispielen wie mit diesem Dilemma umgegangen werden kann, in dem er Daten zu Migrationshintergründen von Bildungsbeteiligten, zu finanziellen Ausgaben kommunaler Bildungsträger und zu Übergangsbedürfnissen und -verhalten vor Ort in ihrer Gewinnung und Rezeption beleuchtet und so Einblick gibt in die Machbarkeit der Bildungsberichte.

Literatur:

Deutscher Städtetag (2007): Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages anlässlich des Kongresses „Bildung in der Stadt“ am 22./23. November 2007.

Kultusministerkonferenz (2006): Gesamtstrategie der Kultusministerkonferenz zum Bildungsmonitoring. Bonn: KMK (Beschluss der KMK vom 2. Juni 2006).

Freitag, 26.11.2010; 11 15–12 00 Repräsentationsraum H

Doris Kunz Heim/Simone Rindlisbacher (Pädagogische Hochschule Nordwestschweiz)

Bedingungen für die erfolgreiche Institutionalisierung eines Qualitätsmanagementsystems an Schulen

Für das Projekt "Bedingungen für die erfolgreiche Institutionalisierung eines Qualitätsmanagementsystems an Schulen" wurde der Akteurzentrierte Institutionalismus (Mayntz & Scharpf, 1995) als Heuristik für die Bildung der Hypothesen verwendet. Untersuchungsgegenstand ist der Grad der Institutionalisierung des Qualitätsmanagementsystems "Qualität durch Evaluation und Entwicklung" (Q2E) an elf Schulen der Sekundarstufe II aus fünf verschiedenen Deutschschweizer Kantonen. Anhand von vergleichenden Fallstudien werden notwendige und hinreichende Bedingungen für die erfolgreiche Institutionalisierung von Q2E identifiziert. Indikatoren für die Institutionalisierung sind dabei die breite Nutzung von Q2E im Schulalltag sowie wahrgenommene erwünschte Folgen von Q2E für die Schul- und Unterrichtsentwicklung. Die Daten der Fallstudien basieren auf vier Quellen und zwar auf halbstrukturierten Interviews mit Lehrpersonen und dem/der Qualitätsverantwortlichen der Schulen, auf einer schriftlichen standardisierten Befragung aller Lehrpersonen der Schulen, auf einer Dokumentenanalyse von relevanten Unterlagen und Weisungen der Schulen zum Q2E Verfahren sowie auf einer Dokumentenanalyse der relevanten Weisungen der Kantone für das Qualitätsmanagement an den Schulen. Das Projekt hat eine Laufzeit von Oktober 2007 bis Dezember 2010 und wird vom Schweizerischen Nationalfonds und dem Kanton Aargau unterstützt. Aufgrund der empirischen Ergebnisse zur Implementierung von Schulentwicklungsprojekten aus dem angloamerikanischen Raum (u.a. Richardson & Placier, 2001) erschien die Governance-Perspektive ein geeigneter Zugang zum Untersuchungsgegenstand. Der Akteurzentrierte Institutionalismus bot sich als Heuristik u.a. deshalb an, weil er eine Mehrebenenperspektive in den Blick nimmt und das Handeln der Akteure angemessen berücksichtigt. In der Forschungswerkstatt wird dargestellt, inwiefern sich die aufgrund des Akteurzentrierten Institutionalismus formulierten Hypothesen für die Erklärung des Institutionalisierungsgrades von Q2E eignen. Es hat sich gezeigt, dass die einzelnen Komponenten des Akteurzentrierten Institutionalismus einen für den Gegenstand zu hohen Abstraktionsgrad aufweisen, dass die Konzeption aber ausreichend Hinweise dafür liefert, wie die Komponenten weiter ausdifferenziert werden können. Zum jetzigen Zeitpunkt der Datenanalyse weisen die Dimensionen deutliche Varianzen auf, so dass Erklärungsmöglichkeiten für die unterschiedlichen Grade der Institutionalisierung von Q2E erwartet werden.

Freitag, 26.11.2010; 12 00–12 45 Repräsentationsraum H

Andreas Helmke/Tuyet Helmke/Friedrich Schrader/Giang Pham/Anna-Katharina Praetorius/Gerlinde Lenske/Manuel Ade-Thurow (Universität Koblenz-Landau)

Kultusministerkonferenz (KMK) – Projekt „Unterrichtsdiagnostik“

In einer bundesweiten Praxisphase erproben Schulen und Studienseminare im Rahmen des KMK-Projektes „Unterrichtsdiagnostik“ von März bis Juli 2010 ein Instrument zur Unterrichtsdiagnostik. Auf Basis eines Fragebogens mit 30 Qualitätsmerkmalen von Unterricht beurteilen Schüler, die unterrichtende Lehrkraft und der hospitierende Kollege eine Unterrichtsstunde. Ein Excel-basierendes Auswertungswerkzeug erstellt nach Eingabe der Daten ein Profil, das dann zur Unterrichtsreflexion herangezogen werden kann. Ein Studienbrief gibt Hinweise zur Verwendung des Instrumentes und führt mit Praxisbeispielen in das Feld der Unterrichtsdiagnostik ein. Am Ende der Praxisphase werden die Projektteilnehmer mit einem Rückmeldebogen befragt. Die Fragen zielen dabei neben der Verbesserung der „usability“ des Instrumentes insbesondere auf die Identifikation von Gelingensbedingungen zum zukünftigen Einsatz des Instrumentes an Schulen ab. In der Praxisphase rückt die Lehrkraft als Akteur der Mikroebene in den Fokus. Fragen zum Umgang mit dem verwendeten Werkzeug, den zugrundeliegenden Fragebögen, der Reflexion über Unterricht (individuell und im Team) und dem Studienbrief sollen Einblicke in die Praxis der Unterrichtsdiagnostik geben. Auf der Mesoebene wird

dem schulischen Kontext, in dem das Instrument zum Einsatz kommt besondere Bedeutung zugemessen. Mit Fragen zur Einbettung in vorhandene Unterrichtsentwicklungsmaßnahmen, Unterstützung von Seiten der Schulleitung, Kooperationsstrukturen und Weiterarbeit mit den Ergebnisse in Feedbackgruppen, Fachschaften und Fortbildungen etc. sollen förderliche strukturelle Rahmenbedingungen identifiziert werden. Die aus der Evaluation gewonnen Erkenntnisse sollen Impulse für eine zukünftige Implementationsstrategie der KMK als Akteur der Makroebene geben. Hier wird sich entscheiden, wie die bisher über die Ebenen hinweg praktizierte fruchtbare Zusammenarbeit zwischen dem Projektteam und Schulleitungen, Seminarleitern, Lehrpersonen und Lehramtsanwärtern durch die Einbettung in vorhandene Unterrichtsentwicklungsbemühungen und Unterstützungssysteme der einzelnen Bundesländer fortgesetzt werden kann. Es geht also darum, wie das ab 2011 allen Schulen kostenlos zum Download angebotene Instrument nicht nur den Weg in die Schulen findet, sondern dort auch eine nachhaltige und gewinnbringende Nutzung durch die Lehrkräfte erfährt. Mit Blick auf Forschungsergebnisse zum Umgang mit Datenfeedback an Schulen wird im letztgenannten Punkt wohl die größte Herausforderung liegen.

Freitag, 26.11.2010; 14 00–14 45 Repräsentationsraum H

Uwe Maier (Universität Erlangen-Nürnberg)

Ein ländervergleichender Ansatz zur Erforschung der Effekte verschiedener Governance-Trends auf die datenbasierte Schul- und Unterrichtsentwicklung

Bildungsstandards und zentrale Leistungsmessungen sind ein prominentes und kontrovers diskutiertes Beispiel eines neuen, internationalen Steuerungstrends im Schulwesen, der mit dem Begriff "testbasierte Schulreformen" zusammengefasst werden kann. Mittlerweile gibt es auch im deutschsprachigen Raum einige empirische Forschungsbefunde zu den intendierten und nicht intendierten Effekten testbasierter Schulreformen. Vor allem die Anlehnung testbasierter Schulreformen an large scale assessments und damit die Betonung des summativ-evaluativen Charakters von Vergleichsarbeiten ist eine Ursache für eine eher randständige Nutzung von Testrückmeldungen durch Lehrkräfte. Allerdings gibt es durchaus Varianz in der Nutzung, die sowohl vom professionellen Selbstverständnis der Lehrkräfte, dem Innovationspotenzial der Einzelschule als auch den länderspezifischen Regelungskontexten abhängt. D.h. Effekte testbasierter Schulreformen sind sowohl konzeptionell als auch in ihrer Wirkung nur dann begreifbar, wenn sie im Zusammenspiel mit weiteren Educational Governance-Trends, wie z.B. Schulautonomie oder neue Formen der Schulevaluation gesehen werden. Konzeptionell werden diese Governance-Trends bereits zusammen diskutiert, z.B. im Rahmen der zunehmenden Verantwortungsverlagerung von zentralen an dezentrale Stellen und der gleichzeitigen Zentralisierung einer testbasierten Rechenschaftslegung. Es gibt im deutschsprachigen Raum allerdings noch kaum Studien, die das Zusammenspiel testbasierter Schulreformen mit weiteren Governance-Trends wie Schulautonomie oder Schulevaluation auf Ebene der einzelschulischen Akteure empirisch untersuchen.

In einem vom BMBF geförderten Forschungsprojekt (2010-2013) werden deshalb unter anderem folgende Forschungsfragen bearbeitet:

1. Welche Formen der datenbasierten Schul- und Unterrichtsentwicklung (als pädagogisches Ziel testbasierter Schulreformen) sind bisher entstanden? Welche Schulleistungsinstrumente und Rückmeldedaten werden von welchen Akteuren bzw. Akteurskonstellationen in Einzelschulen zu welchen Zwecken wie effektiv genutzt?
2. In welchem Maße hängt die Realisierung einer datenbasierte Schul- und Unterrichtsentwicklung von Programmen zur Stärkung der Schulautonomie und neuen Formen der Schulevaluation ab?
3. Inwiefern wirken sich unterschiedliche Regelungskontexte und Unterstützungsprogramme der einzelnen Bundesländer im Bereich dieser drei Governance-Trends (Testbasierte Schulreformen, Schulautonomie, Schulevaluation) auf die Realisierung einer datenbasierten Schul- und Unterrichtsentwicklung aus?

Zur Beantwortung der Forschungsfragen werden kontrastierende Fallanalysen an Gymnasien auf Basis qualitativer Lehrer-, Fachleiter- und Schulleitungsinterviews in den Bundesländern Baden-Württemberg und Thüringen durchgeführt. Beide Bundesländer unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer Konzepte zur Umsetzung der drei Governance-Trends und bieten damit ein interessantes

<p>Forschungsfeld zur Beantwortung der dritten Forschungsfrage. Im Rahmen der Forschungswerkstatt sollen erste Ergebnisse der qualitativen Fallanalysen sowie der ländervergleichende Ansatz als forschungsmethodische Weiterentwicklung der Governance-Forschung zur Diskussion gestellt werden.</p>
<p>Freitag, 26.11.2010; 14 45–15 30 Repräsentationsraum H</p>
<p><i>Nils Berkemeyer/Nils van Holt</i> (Institut für Schulentwicklung IFS)</p> <p>Rezeption und Nutzung von Leistungsrückmeldungen für die Unterrichtsentwicklung. Eine Vergleichsstudie des Schüler-Monitoring-Systems-Deutschland (SMS-Cito) und der Lernstandserhebungen in NRW</p> <p>Im Zuge einer empirischen Wende innerhalb der Bildungsadministration im Anschluss an die großen large scale Untersuchungen (TIMSS, PISA, IGLU) bekommt die Rezeption und Nutzung wissenschaftlicher Befunde zur Weiterentwicklung von Schule eine wachsende Bedeutung. Entsprechend gehört die Idee einer datenbasierten oder dateninduzierten Schul- und Unterrichtsentwicklung (vgl. Altrichter, 2010; Peek, 2006; Rolff 2001; Kuper & Schneewind, 2006; Bohl & Kiper, 2009) zum festen Bestandteil aktueller Innovationspraxis in deutschen Schulen. Die Grundannahme datenbasierter Schul- und Unterrichtsentwicklung besteht darin, wissenschaftlich belastbare Daten zur Diagnose schulischer Praxis zu nutzen, um im Anschluss an eine solche Diagnose gezielte und problemadäquate Interventionen und Entwicklungsmaßnahmen zu initiieren (vgl. Rolff, 2001; Terhart, 2002; Baumert, 2001; Weinert, 2001). Wenngleich im Zuge der Lernstandserhebungen (VERA 3 und 8) oder auch bundesweiter Programme zur Unterrichtsentwicklung wie aktuell beispielsweise SINUS an Grundschulen eine dateninduzierte Unterrichtsentwicklung angestrebt wird, sind Erkenntnisse über deren Wirkungen noch eher rar, so dass die Begründung dateninduzierter Schul- und Unterrichtsentwicklung vorerst noch auf theoretischer Plausibilität, nicht jedoch empirischer Evidenz basiert. Damit stellt sich die deutsche Situation ganz ähnlich wie auch die internationalen Erfahrungen, die teilweise schon auf eine deutlich längere Erfahrung und kritische Diskussion von Leistungsrückmeldesystemen blicken: „In short, we cannot confidently say what the benefits of giving schools performance feedback may be, or how those potential benefits may be maximised” (Coe, 2002, 22). Der Umgang mit Rückmeldungen, insbesondere zu Schülerleistungen ist also noch keineswegs hinsichtlich seiner Nützlichkeit und auch nicht in Bezug auf die Art und Weise der Rückmeldung geklärt, so dass in einem Themenheft der “Educational Leadership” zu Recht gefragt wird: „Data: Now what?” (Educational Leadership (4) 66).</p> <p>Durch den Vergleich zweier Rückmeldesysteme, des Schüler-Monitoring-Systems (SMS) von Cito (freiwillige Teilnahme der Schulen am System) und der Lernstandserhebungen (verpflichtende Teilnahme), kann geprüft werden, ob Freiwilligkeit bzw. Zwang tatsächlich einen bedeutsamen Unterschied für die Art und Weise der Rezeption macht, oder ob sich Unterschiede, falls nachweisbar, zwischen den Systemen eher durch ihre unterschiedliche Architektur ergeben. So können erstmals Systemeffekte (Zwang vs. Freiwilligkeit) systematisch von Rückmeldedesigneffekten (Art und Form der Rückmeldung) unterschieden werden.</p> <p>Zielsetzung und Arbeitsthesen</p> <p>Das Hauptziel dieser Untersuchung ist der Vergleich der Wahrnehmung von Lehrkräften zu zwei unterschiedlich eingebetteten Rückmeldesystemen in Bezug auf ihre Leistungsfähigkeit Unterrichtsentwicklungsprozesse zu initiieren und in der Schule nachhaltig zu verankern. Angesichts des berichteten Forschungsstands sowie der teilweise bereits dargestellten Differenzen in den Systemen, sind Unterschiede in der Wahrnehmung der Lehrkräfte in Bezug auf die unabhängigen Variablen (in Bezug auf Unterrichtsentwicklung als abhängiger Variable) wie z.B. das jeweilige Rückmeldesystem und die Nutzung der Möglichkeiten, die die Rückmeldesysteme bereithalten, zu erwarten. Dies dürfte auf die gebotenen Informationen, die Form der Rückmeldung sowie die Rezeption und Nutzung durch die Lehrkräfte zutreffen. Der Vergleich soll durch folgende Arbeitsthesen, die es zu prüfen gilt, geleitet werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Akzeptanz ist beim SMS höher, weil die Teilnahme am SMS freiwillig erfolgt und der Nutzen höher eingeschätzt wird (Akzeptanz als abhängige, Freiwilligkeit, Qualität der Rückmeldung, erwarteter Nutzen, u.ä. als unabhängige Variable; ein Vergleich der Regressionskoeffizienten bietet

dann Auskunft über diese erste These).

2. Schulen die am SMS teilnehmen schätzen die Wirksamkeit des SMS für die Unterrichtsentwicklung, insbesondere aufgrund der SMS-Architektur (kurzfristige Rückmeldung, vier MZP in zwei Schuljahren, unabhängige Variablen; vgl.. Tab.1) höher ein als die Wirksamkeit von Lernstandsrückmeldungen.
3. Durch das spezifische Rückmeldesystem des SMS sind Prozesse der Unterrichtsentwicklung aus Sicht der Lehrkräfte weiter verbreitet und tiefer in der Schule verankert, das heißt es werden nach der Rückmeldung klare Prozesse der Unterrichtsentwicklung wahrgenommen.

Insgesamt sollen 60 Schulen der Sekundarstufe I untersucht werden. 30 SMS-Schulen sowie 30 Lernstand-Schulen (diese Schulen werden nach Möglichkeit so gewählt, dass sie ähnliche Eigenschaften haben wie die SMS Schulen, z.B. Standorttyp, Schulform, Stadt oder Land, etc.). Bei den SMS-Schulen ist eine zufällige Ziehung aufgrund der noch geringen Zahl an SMS Schulen aller Voraussicht nach nicht möglich. Es sollen alle Fachlehrkräfte Deutsch (N = ca. 600) und Mathematik (N = ca. 600) sowie die Schulleitungen (Leiter und stellvertretender Leiter) (N = 120) befragt werden.

Da im deutschsprachigen Raum bereits einige Rezeptionsstudien durchgeführt worden sind, lassen sich insbesondere Skalen zur Rezeption, Nützlichkeit und Verständlichkeit der Rückmeldungen problemlos adaptieren. Deutlich diffiziler ist die Erhebung valider Einschätzungen über Prozesse zur Unterrichtsentwicklung. Neben dem üblichen Problem sozialer Erwünschtheit erscheinen bisherige Skalen in diesem Bereich noch verbesserungsfähig. Darum soll aus den Interviews zu Beginn des Projekts ein geeignetes Instrument entwickelt werden, das die bestehenden Instrumente sinnvoll ergänzen kann.

Die erhobenen Skalen können im Projekt zudem mit den Rückmeldungen der Schülerleistungen in Verbindung gebracht werden. Insbesondere beim SMS wird so eine Entwicklung zwischen den ersten beiden MZP verfügbar sein.

Die forschungsleitenden Thesen sind zunächst durch Mittelwertvergleiche zu überprüfen. Darüber hinaus gilt es strukturanalytisch zu prüfen, welchen Einfluss die Teilnahme an einem bestimmten Rückmeldesystem (SMS oder Lernstand) auf unterschiedliche Zusammenhänge in Bezug auf die Prozesse der Unterrichtsentwicklung (abhängige Variable) hat. Die Datenaufbereitung sowie die Mittelwertvergleiche werden mit der Software SPSS durchgeführt. Für die Strukturanalytischen Analysen wird das Programm MPLUS herangezogen. Sollte ein Umgang mit fehlenden Werten erforderlich werden, soll auf die in MPLUS integrierte Full Estimation Maximum Likelihood (FIML) Methode zum Ersetzen fehlender Werte zurückgegriffen werden.

Inka Bormann (Freie Universität Berlin)

Zur Analyse von Governance im Kontext von „Wissenspassagen“

Diesem Beitrag liegt ein vor kurzem abgeschlossenes Projekt zugrunde, in dem untersucht wurde, zu welchen Governanceformen es im Kontext eines ausgewählten Innovationsprozesses im Feld von Bildung und Erziehung kommt. Der hier vorgeschlagene Beitrag fragt nach den sozialen Mechanismen des Transfers von Innovationen, nimmt dazu eine wissenssoziologische Perspektive ein und konzipiert auf dieser Basis Innovationen als mehrdimensionale ‚Wissenspassagen‘ (Bormann). Ein Ergebnis der Studie ist das auf theoretischen Überlegungen ebenso wie auf den Befunden einer wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA; Keller) basierende Modell diskursiver Innovation. Neben der Präsentation und Erläuterung dieses Modells wird das Augenmerk des Beitrags auf der exemplarischen Darstellung zweier rekonstruierter Diskurstypen und deren Diskussion vor dem Hintergrund der Educational-Governance-Perspektive (Altrichter/ Brüsemeister/Wissinger) gerichtet.

Vor diesem Hintergrund wird zur Diskussion gestellt, inwiefern die aus dieser – als Fallstudie zu verstehenden – Untersuchung resultierenden Erkenntnisse hilfreich sind für Antworten auf die die Governanceforschung u.a. antreibende Frage nach den Mechanismen der Dynamik und Herstellung von bzw. (transintentionalen) Formen der Relationen von Akteuren bzw. Akteurskonstellationen sowie den sie begleitenden Intentionen, Deutungsmuster und Logiken (Langer). Ausgehend von der Annahme, dass das der Educational Governance-Perspektive zugrunde liegende Akteursverständnis für eine umfassende, die Dynamik von Akteurskonstellationen erfassende Analyse erweiterungsbedürftig ist, werden folgende Fragen diskutiert: eine auf das Akteursverständnis der Governanceperspektive bezogene sowie eine mehr auf die hier gewählte Forschungsmethodik gerichtete. A) Inwiefern wird bei der Educational-Governance-Perspektive von einem ‚zu funktionalen‘ Verständnis von Akteuren und Akteurshandeln ausgegangen, und inwiefern kann der hier präsentierte Ansatz kritisch-konstruktiv dazu beitragen, diesen etwaigen Bias zu reduzieren? B) Erörtert wird außerdem, inwiefern die WDA in Hinblick auf die Intention der Educational Governance-Forschung, die Hintergründe und Implikationen von Dynamiken in bzw. Konstitutionspraktiken von Akteurskonstellationen zu analysieren, als eine geeignete ‚Forschungshaltung‘ erscheint.

Literatur:

Altrichter, H.; Brüsemeister, T.; Wissinger, J. (Hrsg.): Educational Governance. Handlungskoordination und Steuerung im Bildungssystem, Wiesbaden: VS.

Bormann, I. (2009): Zwischenräume der Veränderung. Innovation und ihr Transfer im Feld von Bildung und Erziehung, Habilitationsschrift, Berlin: Freie Universität Berlin.

Keller, R. (2008, 2.A.): Wissenssoziologische Diskursanalyse – Grundlegung eines Forschungsprogramms. Wiesbaden: VS.

Langer, R. (2008): Steuerungs-Intentionen und Educational Governance – eine Einleitung. In: ders. (Hrsg.): Warum tun die das? Governanceanalysen zum Steuerungshandeln in der Schulentwicklung, Wiesbaden, VS: S. 7-16.

Donnerstag, 25.11.2010; 17 15–18 15 Sitzungszimmer 1

Tobias Feldhoff/Stephan Huber/Luzia Durrer (Pädagogische Zentralschweiz Zug)

Versuch einer quantitativen Beschreibung von Handlungskoordination im Mehrebenensystem Schule am Beispiel des Schweizer Kantons Uri

Im Rahmen einer Expertise für die Bildungsdirektion des Schweizer Kantons Uri wurden die Steuerungs- und Regelungsstrukturen im Volksschulsystem untersucht (vgl. Feldhoff, Huber & Durrer, 2009). Ziel war es u.a. relevante Akteurskonstellationen in einem Schulsystem hinsichtlich ihrer Handlungskoordination mit Hilfe eines quantitativen Zugangs zu beschreiben. Des Weiteren sollten die beteiligten Akteure die Funktionalität dieser Handlungskoordination in Bezug auf den Nutzen für die Qualität der schulischen Arbeit bewerten. Hierfür wurden die einzelnen Akteure im Rahmen einer Onlinebefragung in Form von Einzelitems detailliert zu der jeweiligen Handlungskoordination befragt. Für die Auswahl der abgefragten Formen der Handlungskoordination diente die formale Regelung im Rahmen des Schulgesetzes als Orientierung. Wenn aufgrund der formalen Strukturen Hierarchie vorlag, wurde die Nutzung dieser hierarchischen Befugnisse differenziert nach den Kategorien Input, Prozess, Output betrachtet. Im Sinne des Governance-Approaches wurde davon ausgegangen, dass trotz formaler Hierarchie keine eindeutigen Steuerungssubjekte und -objekte zu definieren sind, da in solchen Konstellationen Beeinflussung immer in beide Richtungen stattfinden kann. Diese der Hierarchie gegenläufige Form der Beeinflussung wurde ebenfalls abgebildet. Neben der asymmetrischen Beeinflussung in Form von Hierarchie gibt es auch Akteurskonstellationen, in denen die Handlungskoordination symmetrisch im Sinne ausgewogener Einflusspotentiale, somit also paritätisch oder gleichberechtigt, erfolgt. Solche Formen wurden ebenfalls berücksichtigt.

Im Rahmen der Auswertung wurden die Items für jede Form der Handlungskoordination zu einem Index verrechnet. So konnten für jede Akteurskonstellation die Ausprägungen verschiedener Formen der Handlungskoordination im Mehrebenensystem Schule identifiziert werden. Des Weiteren konnten Unterschiede bei den Einschätzungen der beteiligten Akteure zur jeweiligen Handlungskoordination aufgezeigt werden, die bei großen Effektstärken auf mögliche Spannung zwischen den Akteuren hinweisen.

Die Governance-Perspektive hat sich in mehrerlei Hinsicht als gewinnbringend erwiesen. Bei der Analyse wurde der dezidierte Blick auf Handlungskonstellationen zwischen bestimmten Akteuren als gewinnbringend erlebt. Zudem wurde durch die Vermeidung der Kategorien Steuerungssubjekt und -objekt die Perspektive erweitert und es konnten auch gegenseitige Einflusspotentiale erforscht werden, die bei einem traditionellen Verständnis eher verdeckt geblieben wären. Des Weiteren war die Governance-Perspektive gut geeignet, um den Mehrebenencharakter des Schulsystems zu berücksichtigen. Schwierigkeiten haben sich vor allem dadurch ergeben, dass durch die detaillierte Analyse mit Hilfe von Einzelitems eine Vielzahl von unterschiedlichen Informationen produziert wurden, zu deren Verdichtung ein Ordnungs- und Kategoriensystem fehlt, um die Informationen in einen größeren Zusammenhang zu stellen.

Literatur:

Feldhoff, T., Huber, S. & Durrer, L. (2009). *Expertise zur Steuerung und Handlungskoordination im Volksschulsystem des Kantons Uri*. Zug: Bildungsmanagement - Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Bildungsmanagement, Prof. Dr. Stephan Gerhard Huber.

Freitag, 26.11.2010; 11 15–12 00 Sitzungszimmer 1

Kathrin Dederling/Martin Goecke/Melanie Rauh/Klaus-Jürgen Tillmann (Universität Bielefeld)

Erste Ergebnisse des Bielefelder DFG-Projekts „Wie beraten die Berater? Externe Berater als Akteure der Schulentwicklung (WIBB)“

Unterschiedliche konzeptionelle Governance-Ansätze implizieren als konstitutives Merkmal übereinstimmend das Zusammenwirken staatlicher und nicht staatlicher Akteure (vgl. Benz 2004). Im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekts „Wie beraten die Berater? Externe Berater als Akteure der Schulentwicklung (WIBB)“ (vgl. Tillmann & Knauf 2007) konnte ein solches Zusammenwirken staatlicher und nicht staatlicher Akteure im Zusammenhang mit Aktivitäten der externen Schulentwicklungsberatung empirisch nachgewiesen werden (vgl. Dederling, Goecke & Rauh 2010). So finden sich im Bundesland Nordrhein-Westfalen – dem Untersuchungsfeld des zuvor genannten Forschungsprojekts – mehrere Schulentwicklungsprojekte, die vom zuständigen Bildungsministerium (staatlicher Akteur) und der Bertelsmann Stiftung (nicht staatlicher Akteur) gemeinsam initiiert und durchgeführt worden sind. Konkret handelt es sich hier um die Projekte „Schule & Co“ (vgl. Bastian & Rolff 2003) und „Selbstständige Schule“ (vgl. Lohre 2004). In ihnen wurde mittels externer Beratungsangebote auf eine vergleichsweise vermittelte Art und Weise Einfluss auf die Steuerung der weiteren Entwicklung des Schulwesens mit Bezug auf eine optimale Zielerreichung genommen.

In dem Forschungsprojekt wird nun untersucht, auf welche Weise die Prozesse dieser Einflussnahme von den betroffenen Akteuren gestaltet wurden, inwiefern sie dabei ihre zum Teil divergierenden Interessen durchsetzten und wie sie die Beratungsaktivitäten und deren Anteil an der Schulentwicklung bewerten.

Hierzu wird im Zuge rekonstruktiver Fallstudien an sechs Schulen der Sekundarstufe I die externe Beratung in ihrem Prozess nachgezeichnet und in ihrer Wirkungsweise transparent gemacht: Welche Aktivitäten haben die externen Berater entwickelt, wie haben sie mit Schulleitung und Kollegium kooperiert? Wie wird ihre Arbeit im Nachhinein eingeschätzt? Es werden qualitative Interviews mit Lehrkräften in unterschiedlichen Funktionen (Schulleitung, Steuergruppe, Schulentwicklungs-Teams, Lehrerrat) und den jeweiligen externen Beratern durchgeführt. Darüber hinaus werden die Sichtweisen aller Kolleginnen und Kollegen anhand standardisierter Befragungen ermittelt. Erste Befunde dieser empirischen Studie sollen im Rahmen der Forschungswerkstatt auf der Linzer Tagung präsentiert werden.

Literatur:

Bastian, J. & Rolff, H.-G. (2003). Vorabevaluation des Projektes „Schule & Co.“ Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.

Benz, A. (Hrsg.) (2004). Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Dederling, K., Goecke, M. & Rauh, M. (2010). Externe Schulentwicklungsberatung in NRW – Grundinformationen. Universität Bielefeld.

Lohre, W. (Hrsg.) (2004). Verantwortung für Qualität. Band 1: Grundlagen des Projekts. Beiträge zu Selbstständige Schule. Troisdorf: Bildungsverlag Eins.

Tillmann, K.-J. & Knauf, H. (2007). Wie beraten die Berater? Externe Berater als Akteure der Schulentwicklung. Antrag auf die Gewährung einer Sachbeihilfe bei der Deutschen Forschungsgesellschaft. Universität Bielefeld (unveröffentlichter Projektantrag).

Julia Warwas (Otto Friedrich Universität Bamberg)

Berufliche Identität als Einflussgröße variierender Handlungsstrategien der Schulleitung

Schulleitungen gelten als bedeutsame intermediäre Akteure der educational governance, da sie im Kristallisationspunkt der Interessen von staatlichen Instanzen, Mitgliedern der Lehrprofession sowie schulischen Klienten stehen und damit erheblichen Erwartungsdiskordanzen ausgesetzt sind (vgl. Altrichter & Heinrich 2007; Wissinger 2003; Horster 2006). Infolge unterschiedlicher Problemlagen und Kontextbedingungen an den einzelnen Schulen und der divergenten Sichtweisen der Akteure ist von einem erheblichen Variationsspektrum bei der Erfüllung des institutionell zugewiesenen Berufsauftrags auszugehen (vgl. z.B. Fend 2006; Sembill & Seifried 2009). Zur Analyse dieser variierenden Realisationsformen wurden 86 1 Schulleiter(innen) in Deutschland im Rahmen einer schriftlichen Erhebung (Rücklaufquote 57%) nach ihrem beruflichen Selbstverständnis, ihren organisationsbezogenen Führungsstrategien und ihren persönlichen Arbeitsmethoden befragt. Bei der Auswertung und Interpretation des Datenmaterials wird die dimensionale Analyse einzelner Funktionsbereiche um einen personenzentrierten, typologischen Zugriff ergänzt. Diese Vorgehensweise stützt sich auf rollen- und identitätstheoretische Überlegungen aus der Soziologie und der Sozialpsychologie (z.B. Krappmann 2005; Keupp et al. 2006) und basiert auf der Annahme, dass die individuelle Konstellierung und Priorisierung konkurrierender Rollensegmente und der hiermit assoziierten Funktionsbereiche handlungsleitend wirkt. Überprüft wird deshalb (1) ob und welche Identitätskonstruktionen sich mithilfe clusteranalytischer Verfahren ermitteln lassen und (2) wie sich die identifizierten Gruppen hinsichtlich ihrer präferierten Handlungsfelder und ihrer Arbeitsorganisation unterscheiden. Für die Governanceforschung scheint dieser Zugriff insofern aufschlussreich, weil er individuelle Mikrobewegungen innerhalb regulierter Möglichkeitsräume in den Blick nimmt (vgl. Veith 2004; Heinz 2000). Eine besondere Herausforderung stellt dabei die Entwicklung kontextsensibler und aufgabenspezifischer Erhebungsinstrumente dar.

Literatur:

Altrichter & Heinrich (2007): Kategorien der Governance-Analyse und Transformationen der Systemsteuerung in Österreich. In: Altrichter, Brüsemeister & Wissinger: Educational Governance. Handlungskoordination und Steuerung im Bildungssystem. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 55-103.

Fend (2006): Neue Theorie der Schule. Einführung in das Verstehen von Bildungssystemen. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage.

Heinz (2000): Selbstsozialisation im Lebenslauf. Umriss einer Theorie biographischen Handelns. In: Hoernig: Biographische Sozialisation. Stuttgart, Lucius & Lucius, S. 165-186.

Horster (2006): Schulleitung - ein Leitbild entwickeln. In: Buchen & Rolf: Professionswissen Schulleitung. Weinheim - Basel, Beltz Verlag, S. 177-192.

Keupp, Ahbe, Gmür, Höfer, Mitzscherlich, Kraus & Straus (2006): Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH.

Krappmann (2005): Soziologische Dimensionen der Identität - strukturelle Bedingungen für die Teilnahme an Interaktionsprozessen. Stuttgart, Klett-Cotta.

Sembill & Seifried (2009): Konzeptionen, Funktionen und intentionale Veränderungen von Sichtweisen. In: Zlatkin-Troitschanskaia, Beck, Sembill, Nickolaus & Mulder: Professionelles Handeln von Lehrenden in Qualifizierungs-, Selektions- und Allokationsprozessen. Weinheim - Basel, Beltz, S. 345-354.

Wissinger (2003): Rolle und Aufgaben der Schulleitung bei der Qualitätssicherung und -entwicklung von Schulen. In: Brüsemeister & Eubel. Zur Modernisierung der Schule - Leitideen - Konzepte - Akteure. Ein Überblick. Bielefeld, transcript Verlag: 294-306.

Veith (2004). Zum Wandel des theoretischen Selbstverständnisses vergesellschafteter Individuen. Geulen & Veith: Sozialisationstheorie interdisziplinär. Stuttgart, Lucius & Lucius: 349-370.

Ann-Kathrin Jüttner (Universität Göttingen)

„Educational Governance“ im Elementarbereich? Die Rolle von Leitungspersonen bei der sprachbezogenen Qualitätsentwicklung in Kindertageseinrichtungen.

Bemühungen zur Verbesserung der Bildungsqualität im Elementarbereich sind bereits seit längerem erkennbar. Besonders intensiv wird seit Ende der 90er Jahre die Frage diskutiert, welche strukturellen und inhaltlichen Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um eine qualitativ gute Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsarbeit zu garantieren. Die zahlreichen Forschungen zur Qualität des Elementarbereichs belegen einen Zusammenhang zwischen gelingenden, individuellen Bildungsprozessen auf der einen Seite und dem Vorhandensein spezifischer Merkmale der Struktur- Prozess- und Orientierungsqualität in den Einrichtungen des Elementarbereichs auf der anderen Seite (vgl. z.B. Roßbach 2003, Tietze 1998, BMFSFJ 2003, Sylva u.a. 2003). Bisher wenig Beachtung finden in diesem Kontext steuerungstheoretische Fragestellungen, wie z.B. die nach der Implementierung, Etablierung und Sicherung qualitätsverbessernder Maßnahmen. Im Gegensatz z.B. zur schulpädagogischen Forschung, in der die Rolle der Schulleitung bei Reformprozessen mittlerweile gut erforscht ist (vgl. z.B. Huber 2002, Wissinger 2000, Ackermann u.a. 2000), wird in der elementarpädagogischen Forschung insbesondere der Frage, welche Funktion die Leitungskraft einer Kindertagesstätte für gelingende Reformprozesse hat, wenig Aufmerksamkeit geschenkt (vgl. z.B. Franken 2004). Vor diesem Hintergrund soll das Forschungsprojekt als Dissertationsvorhaben am Beispiel derzeit virulenter Maßnahmen zur Verbesserung der sprachbezogenen Bildungsqualität im Elementarbereich untersuchen, wie diese Maßnahmen von den Akteuren auf unterschiedlichen Ebenen begründet werden und welche Rolle die Leitung einer Einrichtung bei der Organisation, Durchsetzung und Sicherung dieser Maßnahmen spielt. In Anlehnung an steuerungstheoretische Ansätze der „Educational Governance“ interessieren weniger singuläre Steuerungsversuche, sondern das vorhandene Konstellationsgefüge und die sich hierbei ergebenden Koordinationsmuster unterschiedlicher Akteure (vgl. z.B. Kussau/Brüsemeyer 2007).

Die zentralen Fragestellungen sind:

1. Welche Akteure nehmen auf welchen Ebenen Einfluss auf die Implementierung sprachfördernder Maßnahmen im Elementarbereich?
2. Wie steuern Leitungskräfte die bei der Implementierung sprachbezogener Maßnahmen anfallenden Aushandlungsprozesse zwischen den verschiedenen Akteuren und Ebenen innerhalb und außerhalb der Einrichtung?
3. Lassen sich Koordinationsmuster erkennen, welche die Implementation sprachbezogener Maßnahmen begünstigen bzw. behindern?

Während die aktuelle Bildungsdebatte die elementare und die schulische Bildung einbezieht, steht der Elementarbereich bisher noch nicht im Fokus governancetheoretischer Überlegungen und entsprechender empirischer Forschungen. Auch wenn sich beide Institutionen des deutschen Bildungssystems durch unterschiedliche Governance-Regimes auszeichnen, scheint die stetige Einbeziehung des Elementarbereichs als Teil der Kinder- und Jugendhilfe in die Familien- und Bildungspolitik des Bundes und der Länder unter Aspekten der Steuerung und Organisation institutioneller Bildungsqualität notwendig. Analog zu bisherigen Studien im Bereich der Schulqualität und -entwicklung, die sich mit der Verbesserung von Steuerungsstrukturen im Bildungssystem befassen (u.a. Büeler et al. 2005), geht es in diesem Projekt um die Identifikation wirksamer „Leitungs- und Organisationsstrategien“ von Leitungspersonen im Elementarbereich anhand: (1) einer Inhaltsanalyse relevanter Steuerungsdokumente für die Einführung sprachbezogener Reformen im Elementarbereich; (2) Experteninterviews; (3) Beobachtungen steuerungsrelevanter Alltagshandlungen.

Literatur:

- Ackermann, H./ Scheunpflug, A./ Schröck, N./ Wissinger, J. (Hrsg.) (2000): Schulleitung im gesellschaftlichen Umbruch. In: Schulleiter-Handbuch, 93, S. 5-98.
- BMFSFJ - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2003): Auf den Anfang kommt es an: Perspektiven für eine Weiterentwicklung des Systems der Tageseinrichtungen für Kinder in Deutschland. Weinheim.
- Büeler, X./ Buholzer, A./ Roos, M. (2005) (Hrsg.): Schulen mit Profil. Forschungsergebnisse - Brennpunkte - Zukunftsperspektiven. Studien Verlag: Innsbruck.
- Franken, B. (2004): Leiten und Führen in Tageseinrichtungen für Kinder. Herder: Freiburg.
- Huber, S. G. (2002): Schulleitung im internationalen Trend – erweiterte und neue Aufgaben. In: Daschner, P. (Hrsg.): Journal für Schulentwicklung – Schulleitung und Schulaufsicht. Innsbruck: Studienverlag, S. 7-19.
- Kussau, J./ Brüsemeister, T. (2007): Governance, Schule und Politik. Zwischen Antagonismus und Kooperation. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Roßbach, H.-G. (2003): Vorschulische Erziehung. In: Cortina, K. S./ Baumert, Jürgen/ Leschinsky, A./ Mayer, K. U./ Trommer, L. (Hrsg.): Das Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick. Harburg, S. 252-284.
- Sylva, K./ Melhuish, E./ Sammons, P./ Siraj-Blatchford, I./ Taggart, B./ Elliot, K. (2003): The Effective Provision of Pre-School Education (EPPE) Project: Findings from the Pre-School Period. Abrufbar unter: http://www.ioe.ac.uk/cdl/eppe/pdfs/eppe_brief2503.pdf
- Tietze, W. (1998): Wie gut sind unsere Kindergärten? Eine Untersuchung zur pädagogischen Qualität in deutschen Kindergärten. Neuwied.

Akteure

Freitag, 26.11.2010; 14 45–15 30 Sitzungszimmer 1

Barbara Kohlstock (Pädagogische Hochschule Zürich)

Schulische Steuerung – Der mögliche Beitrag der Balanced Scorecard

Im Kanton Zürich wurde die Funktion der Schulleitung ab 1997 zunächst als Projekt eingeführt. Aus dieser über zehnjährigen Erfahrung mit den veränderten Leitungsstrukturen stellen sich verschiedene Fragen: Welche Steuerungspraxis hat sich in den Schulen seit Beginn der Einführung etabliert und lässt sich beobachten? Wie steuern Schulleitende, wie steuert die zuständige lokale Behörde, und welchen Einfluss haben die Lehrerinnen und Lehrer? Wie wird der Steuerungsprozess von Schulleitenden gegliedert, strukturiert und vorangetrieben? Welche Rolle kommt der Arbeit mit dem Schulprogramm zu und gäbe es allenfalls Optimierungspotential? Dabei wird im vorliegenden Forschungsprojekt der Schwerpunkt auf die Steuerung durch Schulleitende im Zusammenhang mit dem Schulprogramm gelegt.

Ausgehend vom Schulprogramm wird in Schulen versucht, den Herausforderungen aufgrund verschiedener Aufgaben und Anspruchsgruppen einen Rahmen zu geben. Zahlreiche Studien zeigen allerdings auf, dass insbesondere die Implementierung und Überprüfung im schulischen Steuerungsprozess nicht gewährleistet ist (Holtappels & Müller, 2004; Mohr, 2006; Ohlhaber, 2007; Rolff, 2006). Wesentliche Ziele der schulischen Steuerungsreformen sind somit noch nicht erreicht. Erwerbswirtschaftliche Organisationen und betriebswirtschaftliche Ansätze verfügen im Zusammenhang mit der strategischen Steuerung (Performance Management) über einen reichen Erfahrungsschatz und können sowohl bezüglich des Aufbaus als auch bezüglich der Arbeitsprozesse zahlreiche Vorschläge bieten. Das derzeit bekannteste Instrument ist die Balanced Scorecard (BSC) von Kaplan/Norton (1992). Dieser Ansatz wird im Zusammenhang mit schulischer Steuerung verschiedentlich als prüfenswerter Beitrag genannt (Seitz & Capaul, 2005: 144-151; Dubs, 2005: 144-146; Dubs, 2006: 135-136; van Buer, 2007: 506-509), weshalb die Fragestellung weiter eingegrenzt wird: Welchen Beitrag kann die Balanced Scorecard zur schulischen Steuerung der Schulleitenden im Kanton Zürich leisten?

Zur Bearbeitung dieser Fragestellung werden nach Yin explorative Fallstudien in einem ganzheitlichen Mehrfall-Design erstellt (Yin, 2003: 1, 6 sowie 40, vgl. dazu auch Gerring, 2004: 345, McNabb, 2002: 287, Lamnek, 2005: 299). Die Fallauswahl erfolgt nach Eisenhardt/Graebner anhand eines theoretical samplings (2007: 27; vgl. auch Eisenhardt, 1989: 537). Die Datensammlung erfolgt durch halb strukturierte, problemzentrierte Interviews sowie eine ergänzende Dokumentenanalyse; drei Probeinterviews haben zum jetzigen Zeitpunkt stattgefunden.

Die dargestellte Steuerungsproblematik wird organisationstheoretisch im Prinzipal-Agenten-Ansatz bzw. dem Stakeholder-Ansatz verankert, deren Fokus auf der optimalen Ausgestaltung von Governance-Mechanismen zur Leistungserstellung und dem Leistungsaustausch liegt. Während der Markt oder das Arbeiten mit einer anreizorientierten Entlohnung als Steuerungsoptionen ausgeschlossen werden können, wird die Lösung im Rahmen dieses Projektes in der Ausgestaltung der Hierarchie bzw. der Informations- Kommunikations- und Reportingsysteme der schulischen Steuerung gesucht.

Donnerstag, 25.11.2010; 16 15–17 15 Sitzungszimmer 2

Hermann Josef Abs (Universität Gießen)

Die Politik von Europäischer Union und Europarat zu citizenship education im Vergleich

Internationale Organisationen, in denen Staaten Mitglieder werden, um ihre Verhältnisse untereinander zu regulieren und gemeinsame Standards und schließlich auch Inhalte der nationalen Politiken zu koordinieren, entstanden im 19. Jahrhundert. Während zunächst die Politikfelder Handel und Militär nahezu ausschließlich bearbeitet wurden, entwickelten sich nach dem zweiten Weltkrieg auch Bildungspolitiken internationaler Organisationen. Der Europarat und die Europäische Union sind aktuell teils konkurrierende teils kooperierende Akteure in ihren bildungspolitischen Ambitionen. Am Beispiel der Politik zu *citizenship education* soll das analytische Potential des Politikvergleichs aufgezeigt werden.

Im Vortrag geht zunächst der Frage nach, welche politisch-institutionellen Voraussetzungen die beiden Akteure teilen und unterscheiden. In einem zweiten Schritt werden die teils divergenten Politikziele beschrieben und vor dem Hintergrund der institutionellen Voraussetzungen erläutert. Drittens wird mittels des Theorems der „tools of governance“ analysiert, wie die beiden internationalen Organisationen versuchen, Einfluss auf die Bildungspolitik ihrer Mitgliedsländer zu gewinnen. Schließlich soll die Perspektive von den internationalen Organisationen auf die Mitgliedsländer gewechselt werden, um beispielhaft zu untersuchen, inwiefern aus bestehenden Rekontextualisierungsbedingungen in einzelnen Staaten die Adaption internationaler Bildungspolitik vorausgesagt werden kann. Zu diskutieren ist, inwiefern die governance-theoretische Perspektive unabhängig von institutionellen Voraussetzungen sowohl auf Seiten der Produzenten internationaler Politik als auch auf Seiten der Rezipienten für eine Analyse von Politik produktiv ist.

Donnerstag, 25.11.2010; 17 15–18 15 Sitzungszimmer 2

Michael Schratz (Universität Innsbruck) [Projektleitung: Karen Seashore (USA), weitere Projektpartner/innen: Mats Ekholm (Sweden), Leif Moos (Denmark), Kasper Kofod (Denmark), Boudewijn van Velzen (The Netherlands)]

Political Cultures and Their Impact on Education Policies

The research workshop deals with research done in USA, Austria, Sweden, Denmark, UK and The Netherlands examining the interplay between political culture and educational policy with the goal of better understanding how different countries are responding to the global exchange of policy ideas. Political culture refers to *enduring political attitudes and behaviors associated with a defined geographical context*. The participating countries vary in size, in the stability of the party/coalitions in power, and the different traditions with regard to centralization and decentralization of responsibility for education.

Within each country, the researchers interviewed between seven and ten educational policymakers representing a diverse array of positions and organizations. Participants received the questions ahead of time, and were assured that they would not be identified in any report, unless they were elected or appointed officials who were speaking “on the record.” Respondents were asked to identify key policies, stakeholders, and levels of collaboration or competition around educational policy making. Because they were “elite” respondents, they were allowed to “tell the story of how policy is made” in

their own terms. Interview data, and information available from printed materials and websites were used to highlight the ways in which political culture varies, both in process and outcomes.

The results so far have been organized among seven dimensions of political culture: *Openness* (broad availability of participation); *decentralism* (distributed power sources); *rationalism* (emphasis on logical/comprehensive solutions); *egalitarianism* (redistribution of resources to minimize disparities); *efficiency* (economic cost-benefits and emphasis on returns for public investment); *quality* (focus on excellence/improvement and the major goal); *choice* (opportunity to make policy decisions at multiple levels).

Central to the governance perspective are two main assumptions: (a) Policy initiatives shift over time and the current challenge is how to meet international calls for standards and public accountability; and (b) New educational initiatives filter through a political culture screen that is long-standing and unique to each country.

Freitag, 26.11.2010; 11 15–12 00 Sitzungszimmer 2

Jens Ridderbusch (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg)

Deutschland auf dem Weg zum zweigliedrigen Schulsystem? – Lernprozesse in der Bildungspolitik

Vor dem Hintergrund des veränderten Schulwahlverhaltens, des Rückgangs der Schülerzahlen (insbesondere an Hauptschulen) sowie der durch Schulleistungsvergleiche belebten Bildungsdebatte haben sich die meisten deutschen Bundesländer dazu entschlossen, das dreigliedrige Schulsystem mit eigenständigen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien in Richtung stärker integrierter Schulformen weiter zu entwickeln. In einer Bundesländer vergleichenden Politikfeldanalyse soll untersucht werden, wie die schulpolitischen Entscheidungsprozesse zu den Strukturreformen in der Sekundarstufe I im Zeitraum 1990 bis 2010 abgelaufen sind. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, welche Bedeutung (partei-)politische Grundüberzeugungen und Wertvorstellungen in der Schulpolitik haben und inwieweit bei den Strukturreformen grundlegende Parteien und Bundesländer übergreifende politische Lernprozesse zu beobachten sind. Das laufende Forschungsvorhaben ist als Dissertation an der TU Darmstadt vorgesehen. Erste empirische Ergebnisse werden im Herbst 2010 vorliegen. Als theoretischer Rahmen werden in erster Linie lerntheoretische Ansätze der Politikfeldanalyse herangezogen (Sabatier 1993, Kissling-Näf / Knoepfel 1998, Bandelow 2006 u.a.). Weitere Hypothesen werden gewonnen aus Erkenntnissen der Do-Parties-Matter-Forschung (Schmidt 1980, 1995 u.a.), des Policy-Transfer und des Policy-Diffusion-Ansatzes (Dolowitz / Marsh 1996; Rogers 2003 u.a.) sowie der Debatte zur politischen Steuerung und Governance (Görlitz / Burth 1998; Benz 2004; Altrichter / Heinrich 2007). Die Governance-Perspektive öffnet dabei den Blick auf das komplexe Mehrebenensystem Schule und hilft dabei, die Wechselwirkungen zwischen dem politischen Subsystem und den weiteren Ebenen des Bildungssystems bei Entscheidungsfindung und Umsetzung der Schulstrukturreformen aufzuklären. Ein besonderer Fokus der Untersuchung liegt darauf, grundlegende politische Überzeugungen und Wertvorstellungen bei den schulpolitischen Entscheidungsträgern aufzuspüren und auf ihre 3 Wandelbarkeit hin zu untersuchen. Dies legt ein qualitativ-interpretatives Forschungsdesign nahe. Die Entscheidungsprozesse sollen zunächst mit Hilfe von Presseauswertungen und Expertengesprächen erschlossen werden. Die Analyse der relevanten Akteursnetzwerke, ihrer gemeinsamen Grundüberzeugungen und Handlungsstrategien erfordert darüber hinaus eine systematische Dokumentenanalyse (Plenarprotokolle, Rechtsakte) sowie eingehende problemzentrierte Interviews (Reh 2006, Frantz 2006).

Literatur:

Altrichter, Herbert; Heinrich, Martin (2007): Kategorien der Governance-Analyse und Transformationen der Systemsteuerung in Österreich. In: Altrichter, Herbert; Brüsemeister, Thomas; Wissinger, Jochen (Hg.): Educational Governance. Handlungskoordination und Steuerung im Bildungssystem. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 55–103.

Bandelow, Nils C. (2006): Advocacy Coalitions, Policy-Oriented Learning and Long-Term Change in Genetic Engineering Policy: An Interpretist View. In: German Policy Studies, H. 3/4, S. 587–594.

- Benz, Arthur (2004): Einleitung: Governance - Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept? In: Benz, Arthur (Hg.): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 11–28.
- Dolowitz, David; Marsh, David (1996): Who Learns What from Whom: a Review of the Policy Transfer Literature. In: Political Studies, Jg. 44, S. 343–357.
- Frantz, Christine (2006): Qualitatives Interview. In: Schmitz, Sven-Uwe; Schubert, Klaus (Hg.): Einführung in die Politische Theorie und Methodenlehre. Opladen: Budrich, S. 53–67.
- Görlitz, Axel; Burth, Hans-Peter (1998): Politische Steuerung. Ein Studienbuch. 2., überarb. und erw. Aufl. Opladen: Leske + Budrich.
- Kissling-Näf, Ingrid; Knoepfel, Peter (1998): Lernprozesse in öffentlichen Politiken. In: Albach, Horst; Dierkes, Meinolf; Antal, Ariane Berthoin; Vaillant, Kristina (Hg.): Organisationslernen - institutionelle und kulturelle Dimensionen. 1. Aufl. Berlin: Ed. Sigma, S. 239–268.
- Reh, Werner (2006): Dokumentenanalyse als Kommunikationsanalyse: Ein Vorschlag für die Rolle und Anwendungsmöglichkeiten interpretativer Verfahren in der Politikwissenschaft. In: Schmitz, Sven-Uwe; Schubert, Klaus (Hg.): Einführung in die Politische Theorie und Methodenlehre. Opladen: Budrich, S. 111–128.
- Rogers, Everett M (2003): Diffusion of innovations. 5. ed. New York, NY: Free Press. Sabatier, Paul A. (1993): Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen: Eine Alternative zur Phasenheuristik. In: Windhoff-Héritier, Adrienne (Hg.): Policy-Analyse. Krise und Neuorientierung. 1. Aufl. Opladen: Westdt. Verl., S. 116–148.
- Schmidt, Manfred G. (1980): CDU und SPD an der Regierung. E. Vergleich ihrer Politik in d. Ländern. Frankfurt/Main, New York: Campus-Verlag.
- Schmidt, Manfred G. (1995): The Parties-Do-Matter Hypothesis and the Case of the Federal Republic of Germany. In: German Politics, Jg. 4, H. 3, S. 1–21.

Freitag, 26.11.2010; 12 00–12 45 Sitzungszimmer 2

Martin Heinrich/Fabian Dietrich (Leibniz Universität Hannover)

Latente Sinnstrukturen in administrativer Governance – objektiv-hermeneutische Analysestrategien zur Untersuchung einer Evidence-based-policy

Derzeit ist innerhalb einer dem bildungspolitischen Programm einer „Evidence-based-policy in education“ verpflichteten Governance kaum eine analytisch scharfe Trennung zwischen Policy, pädagogischer Praxis und Forschung erkennbar. Gerade deswegen erscheint es notwendig in der empirischen Analyse die unterschiedlichen Akteure und ihre Formen der Handlungskoordination im Mehrebenensystem genauer in den Blick zu nehmen. Das wäre zumindest der Anspruch einer governancetheoretisch orientierten Analyse solcher Interdependenzzusammenhänge.

Der Educational-Governance-Ansatz versucht die Vorgänge im Bildungssystem nicht als Reaktionen auf Steuerungsimpulse oder Steuerungsinstrumente zu begreifen, sondern umfassender als Formen der Handlungskoordinationen, die Leistungen und Defizite des Systems im Medium eines Interdependenzmanagements hervorbringen. Wenn auch davon ausgehend das Interdependenzmanagement im „Mehrebenensystem als Ganzem“ immer Gegenstand des Erkenntnisinteresses ist, erfordert ein empirischer Zugriff eine Beschränkung.

Im Sinne der Dialektik von individuellem Handeln einzelner Akteure einerseits und zugleich präfigurierender und sich emergent manifestierender Akteurkonstellation andererseits zeigt sich das Forschungsdesiderat einer empirischen Analyse der Handlungskoordination einer in der Bildungsadministration zu verortenden Akteursgruppe. Diese hat bedeutenden Anteil an der Realisierung des bildungspolitischen Programms einer „Evidence-based-policy“. Auch wenn gemäß des bildungspolitischen Programms von der einzelnen Lehrkraft bis hin zur Kultusministerin alle Akteure im Bildungssystem die Übersetzung von empirischen Befunden in Maßnahmen leisten sollen, so ist doch davon auszugehen, dass in ihrer täglichen Praxis dies am ehesten in der Bildungsadministration der Fall sein wird. Diese interpretiert beratend die Ergebnisse der empirischen Studien im Sinne von Handlungsempfehlungen für die bildungspolitischen Akteure und übersetzt die Erkenntnisse der Bildungsforschung in Handlungsempfehlungen oder -vorschriften für die Lehrkräfte vor Ort. Davon ausgehend können insbesondere die Mitarbeiter/innen der Bildungsadministration, die mit diesen interpretativen Aufgaben betraut sind, als diejenigen Entscheider/innen gelten, die jene Idee einer evidenzbasierten Bildungspolitik in ihrem administrativen Handeln weit reichend bestimmen können sollten, um damit jenes Innovationsmodell zu prozessieren. Empirisch-governanceanalytisch relevant

wird damit die konkrete Handlungskoordination dieser Akteure. Handlungskoordination findet dadurch statt, dass die einzelnen Akteure strukturelle Vorgaben bzw. Möglichkeiten (soziale Strukturiertheit der Situation) reproduzieren resp. adaptieren. In Frage steht damit die empirische Analyse dieses Reproduktions- bzw. Adaptionsprozesses des bildungspolitischen Programms einer „Evidence-based-policy“ durch Akteure der Bildungsadministration.

Methodisches Desiderat für die empirische Untersuchung sind eine Erhebungs- und eine Auswertungsmethode, die jene administrative Handlungspraxis rekonstruktiv fassbar werden lassen. Da beobachtende Zugänge aufgrund der weitgehend auf kognitive Prozesse fixierten Verwaltungspraxis (d.h. vielfach Entscheidungen Einzelner nach vorangegangenen Abstimmungsprozessen) nur schwer möglich sind, soll die Erhebung mittels leitfadengestützter, problemzentrierter Interviews stattfinden. Um dann in den Interviewaussagen noch die im Rahmen einer Handlungskoordination einer „Evidence-based-policy“ handlungsbestimmenden Momente aufweisen zu können, müssen auch latente Sinnstrukturen rekonstruierbar werden. Die Objektive Hermeneutik bietet sich hier u.E. als geeigneter Zugriff an. In der Forschungswerkstatt sollen die damit implizierten forschungsmethodischen Möglichkeiten und Grenzen einer objektiv-hermeneutischen rekonstruktiven Analyse administrativer Governance ausgelotet werden.

Freitag, 26.11.2010; 14 00–14 45 Sitzungszimmer 2

Michael Schemmann (Universität Gießen)

Handlungskoordination und Governance in Segmenten der Weiterbildungssysteme

Zu den grundlegenden Organisationsprinzipien der Weiterbildung gehört, dass sie plural und subsidiär verfasst ist. Damit geht jedoch einher, dass die organisierte Weiterbildung über keine einheitliche Struktur verfügt, sondern sich vielmehr durch ein vielfältiges Tableau an Trägern und Institutionen auszeichnet. Innerhalb der Strukturdebatte in der Weiterbildungsforschung ist eine Vielzahl von Strukturmodellen vorgelegt worden. Ältere Arbeiten verweisen etwa auf das Modell des korporativen Pluralismus' (Tietgens 1979, S. 81-85, 1981, S. 50-61; Weinberg 2000, S. 90), lassen dabei jedoch die kommerzielle und innerbetriebliche Weiterbildung außen vor. Andere Entwürfe nehmen Differenzierungen etwa entlang von Ordnungsgesichtspunkten wie freien und gebundenen Anbietern, offenen und geschlossenen Einrichtungen, öffentlichem und privatem Sektor oder Staat und Markt (Arnold 2006, S. 95-99).

Ein jüngster, theoretisch am Neo-Institutionalismus orientierter Entwurf sieht schließlich die Unterscheidung von vier Reproduktionskontexten (Gemeinschaft, Staat, Unternehmen, Markt) vor (Schrader 2010). Sucht man nun die Handlungskoordination in den jeweiligen Segmenten des Weiterbildungssystems zu analysieren, so ist zunächst davon auszugehen, dass sie sich zwischen den jeweiligen Segmenten deutlich unterscheiden, innerhalb der Segmente jedoch deutliche Konvergenzen aufweisen werden. In dem zu beschreibenden Projekt soll jeweils ein Träger für die Segmente Staat und Markt untersucht werden.

Mit dem Governance-Konzept steht ein analytischer Ansatz bereit, mit dem die Koordination der Handlung zwischen verschiedensten Akteurskonstellationen in einem Mehrebenensystem untersucht werden kann. Der Beitrag stellt das (bis dahin beantragte) Projekt vor und fokussiert insbesondere das methodische Vorgehen. Zunächst sollen in einem qualitativen Zugang Akteure und die Akteurskonstellation rekonstruiert werden, ehe dann die unterschiedlichen Formen der Handlungskoordination und ihr Beitrag zur Qualität der Weiterbildung untersucht werden.

Freitag, 26.11.2010; 14 45–15 30 Sitzungszimmer 2

Elke Gruber (Universität Klagenfurt)

Eine neue Steuerungskultur der Erwachsenenbildung/Weiterbildung (EB/WB) auf der Ebene nationaler politischer Akteure – dargestellt am Beispiel Steiermark

Zweifellos hat sich der Charakter des Verhältnisses von Ökonomie und EB/WB im letzten Jahrzehnt unter dem Eindruck einer ausdifferenzierten, pluralen, großteils marktförmig agierenden Weiterbildungslandschaft sowie einer verstärkten Einbettung Österreichs in eine inter-, supra- und transnationale Bildungspolitik des lebenslangen Lernens verändert. Wirtschaftlichkeit wird zu *der* neuen Steuerungsgröße, die nicht nur originär betriebswirtschaftliche Prozesse in den Institutionen wie Abläufe, Einkauf, Kostenrechnung etc. rationalisiert, sondern auch den gesamten fachlich-pädagogischen Bereich sowie die nationale und internationale Bildungspolitik nachhaltig verändert.

Damit verbunden ist eine neue Steuerungskultur, die ihren Ausdruck in indirekten, auf Output gerichteten Faktoren von Lenkung und Leitung findet. Dazu gehören Qualitätsmanagement- und –zertifizierungssysteme, Förderprinzipien, Leistungsvereinbarungen und ähnliche Instrumente des „New Public Management“. Damit die öffentlich verantwortete EB/WB von diesen Instrumenten und Verfahren profitiert – und nicht wie öfters befürchtet, dadurch lediglich einer wirtschaftlichen „Engführung“ Vorschub geleistet wird –, bedarf es bestimmter Grundlagen und Strategien.

Auf diesem Hintergrund wurde das Forschungs- und Entwicklungsprojekt PERLS („Perspektiven der Erwachsenenbildung im Rahmen des lebenslangen Lernens in der Steiermark“) initiiert und in den Jahren 2008/09 durchgeführt (Gruber/Brünner/Huss 2009). Ziel des Vorhabens, das vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und dem Land Steiermark finanziert wurde, war es, durch empirische Daten und wissenschaftlich gestützte Belege erstmals für ein österreichisches Bundesland Steuerungswissen zu generieren und dieses den diversen Akteuren der EB/WB (Bildungspolitik und –verwaltung, Anbieter, zum Teil auch potentielle WeiterbildungsteilnehmerInnen) zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig wurde ein Partizipationsprozess in Gang gesetzt, der weit über die Ermittlung von Daten, Fakten und Belegen hinausging. Sein Ziel war es, die unterschiedlichen Akteure in die Ausgestaltung eines Systems des lebenslangen Lernens ihres Bundeslandes mit einzubeziehen. Gleichmaßen wie die lokale Bildungspolitik und die Fördergeber sollten vor allem die diversen Weiterbildungsanbieter und –institutionen vom Forschungs- und Entwicklungsprojekt profitieren, indem ihnen durch die Expertise mehr Prägnanz für ihre Arbeit ermöglicht wird. Diese Vorgehensweise bildet den Kern einer neuen Steuerungskultur auf der „Ebene nationaler politischer Akteure“ (Schrader 2008, S. 56) – in unserem Fall des Landes Steiermark –, wie sie im Kontext der aktuellen Governance-Diskussion auch für die EB/WB verstärkt eingefordert wird (vgl. dazu u.a. Benz 2004, Schemmann 2007, Hartz/Schrader 2008, Ioannidou 2008).

In exemplarischer Form wurde ein Forschungsdesign entwickelt, das einen „nachahmungsfähigen“ Pilot darstellt. Zwar dient die gegenständliche Expertise in erster Linie der zukünftigen Gestaltung eines Systems des lebenslangen Lernens in der Steiermark, darüber hinaus soll sie aber auch Signalwirkung auf andere Bundesländer bis hin zum Bund entwickeln, ähnliche Forschungs- und Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen.

Die Forschungs- und Entwicklungsarbeit von PERLS gliederte sich in sechs Teilbereiche. In einem ersten Schritt erfolgte eine Ist-Standerhebung von Anbietern der EB/WB in der Steiermark und deren Dokumentation in Form einer Landkarte. Zweites wichtiges Ziel im Rahmen des Projektes war die Entwicklung eines Leitbildes für die steirische EB/WB im Rahmen des Konzeptes des lebenslangen Lernens. Das Kernstück von PERLS bildet der Vorschlag zu Förderkriterien der EB/WB im Rahmen des lebenslangen Lernens in der Steiermark. Er soll der Bildungspolitik und -verwaltung des Landes ein valides Instrument der Anerkennung und Förderung entsprechender Aktivitäten an die Hand geben. In zwei weiteren Schritten wurden Vorschläge zu bisher nicht vorhandenen, aber künftig notwendigen Leitungs- und Lenkungsverfahren entwickelt. Zum einen handelt es sich dabei um den Vorschlag für eine rechtliche Verankerung der EB/WB auf der Ebene des Landes Steiermark, zum anderen um den Vorschlag zur Einrichtung eines Beirates für EB/WB im Rahmen des lebenslangen Lernens. In einem

letzten Schritt wurden Handlungsfelder und Herausforderungen der steirischen EB/WB für die nächste Zukunft erhoben. Sie bildeten die Basis für die Erarbeitung von Trendaussagen und Perspektiven für die EB/WB im Rahmen des lebenslangen Lernens. Dazu wurden Strategiegelgespräche mit bildungs- und wirtschaftspolitisch verantwortlichen Persönlichkeiten aus der Steiermark und dem Bund geführt.

Donnerstag, 25.11.2010; 16 15–16 55 Sitzungszimmer 4

Ueli Halbherr/André Kunz (Pädagogische Hochschule Zürich)

Kooperation von Lehrpersonen an Gymnasien. Eine Qualitative und quantitative Analyse der Wahrnehmung von Lehrpersonen aus schul- und governancetheoretischer Perspektive

Die Kooperation von Lehrenden ist von zentraler Bedeutung für die Realisierung schulentwicklerischer Anforderungen. Kooperation wird dadurch charakterisiert, dass durch sie Bezug auf andere genommen wird, und Kooperation auf Vertrauen basiert. Zudem ist Kooperation auf gemeinsam zu erreichende kollektive Ziele und Aufgaben ausgerichtet (Spiess, 2004). Sie gewährt Autonomie (Gräsel et al, 2006) und sollte weitgehend ohne soziale Kontrolle auskommen können. Die Lehrpersonen der vorliegenden Stichprobe sind im Rahmen schulischer Teilautonomie und Qualitätsmanagement verpflichtet unterrichtsbezogen und organisatorisch zusammenzuarbeiten. Somit ist der Schulentwicklungsprozess durch die Gestaltungsvorgaben des Gesetzgebers beeinflusst, welche das Aufgabenprofil der Schulen, Lehrpersonen und Schulleitungen regeln. Die Schule ihrerseits muss in proaktiver Weise diese Rahmenvorgaben umsetzen, bzw. rekontextualisieren (vgl. Fend, 2006).

In dieser explorativen Studie wurde untersucht, in welchem Ausmass Lehrpersonen miteinander kooperieren, inwiefern sich unterschiedliche Grade der Kooperation von Lehrpersonen in deren Einschätzungen zu Aspekten von Schule, Unterricht und Wohlbefinden abbilden und welche Bedeutung Kooperation im Rahmen schulischer Qualitätsentwicklung erlangt. Für den aktuellen Beitrag stehen folgende Fragen im Zentrum: Sehen Lehrpersonen von Kollegien, an denen in höherem Masse kooperiert wird, die Qualität ihrer Institution und ihrer Arbeit günstiger als solche, welche dies in geringerem Masse tun? Was sagen Lehrpersonen und Schulleitung zu Formen von und Einstellungen zu Kooperation und zum Qualitätsmanagementauftrag der Schulentwicklung?

Die schriftliche Erhebung bei sämtlichen Lehrpersonen von 9 der 22 Zürcher Gymnasien fand 2004 statt. Zum Einsatz gelangte ein Instrument zur Erfassung von Lehrpersonen-Kooperation (vgl. Steinert et al., 2006), welches auf der Basis von 20 Items eine Zuordnung der Schulen zu fünf invariablen Niveaus erlaubt. Auf Basis dieser Fragebogen-Ergebnisse wurden an fünf der neun Schulen zusätzliche Interviews mit Lehrpersonengruppen und der Schulleitung geführt, um Einblick in das „Innenleben“ der Schulen bezüglich der Frage nach Kooperation zu geben. Anschliessend erfolgte eine Triangulation der unterschiedlichen Daten.

Als zentraler Befund gilt, dass die Kooperation an den untersuchten Zürcher Gymnasien ein insgesamt gutes Niveau erreicht und sich die Schulen in Bezug auf deren Ausprägung deutlich unterscheiden (Steinert et al., 2006; Halbheer, Kunz & Maag Merki, 2008). Im Fallvergleich zwischen den beiden Schulen der Stichprobe mit dem höchsten und tiefsten erreichten Level von Lehrerkooperation zeigen sich in vielen Fällen bedeutsame Effekte sowie signifikante Differenzen zu Gunsten der kooperationsfreudigeren Schule, insbesondere hinsichtlich schulischer Organisation einerseits und des Wohlbefindens auf der Ebene des Individuums andererseits. Die quantitativen Ergebnisse finden hier ihre Entsprechung in den Daten aus den semistrukturierten Befragungen, indem an der Schule mit der höchsten Kooperation auch eine proaktivere Haltung zum Ausdruck kommt, wenn es um die Umsetzung und Rekontextualisierung reglementarischer Rahmenbedingungen geht. Dabei ist jedoch ein verstärkter Kohäsionsdruck feststellbar. Beim defensiv-reaktiven Rekontextualisierungstyp ist Kooperation nicht zwingend und verbindlich, sondern erhält einen relativ informellen und pragmatischen Charakter. Bei verpflichtender Kooperation kann dies zu Pseudokooperation führen. Insgesamt zeigt sich, dass Kooperation eine wichtige Schlüsselstellung in der Umsetzung von Steuerungsmassnahmen erhält. Aus governancetheoretischer Sicht wird somit deutlich, dass neben verpflichtenden Rahmenvorgaben kooperative Freiräume bei der Umsetzung von

Entwicklungsvorgaben durch die Lehrpersonen berücksichtigt werden müssen, um Abwehr oder Vereinnahmung zu vermeiden.

Literatur:

Fend, H. (2006). *Neue Theorie der Schule. Einführung in das Verstehen von Bildungssystemen. Lehrbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gräsel, C., Fussangel, K. & Pröbstel, C. (2006). Lehrkräfte zur Kooperation anregen – eine Aufgabe für Sisyphos? *Zeitschrift für Pädagogik*, 52(2), 205-219.

Halbheer, U. & Kunz, A. (2004). *Profile von Zürcher Mittelschulen aufgrund "Pädagogischer Entwicklungsbilanzen" (PEB). Quantitative Analysen von Wahrnehmungen von Lehrpersonen*. Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit des Pädagogischen Instituts der Universität Zürich, Zürich.

Halbheer, U., Kunz, A., Maag Merki, K. (2008). Kooperation zwischen Lehrpersonen in Zürcher Gymnasien. Eine explorative Fallanalyse zum Zusammenhang zwischen kooperativen Prozessen in Schulen und schulischen Qualitätsmerkmalen. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 28. Jg. (1), 19-35.

Spieß, E. (2004). Kooperation und Konflikt. In H. Schuler (Hrsg.): *Organisationspsychologie – Gruppe und Organisation*. Göttingen: Hogrefe (S. 193-247).

Steinert, B., Klieme, E., Maag Merki, K., Döbrich, P., Halbheer, U. & Kunz, A. (2006). Lehrerkooperation in der Schule. Konzeption, Erfassung, Ergebnisse. *Zeitschrift für Pädagogik*, 52(2), 185-204.

Donnerstag, 25.11.2010; 16 55–17 35 Sitzungszimmer 4

Corinna Gottmann/Marianne Horstkemper (Universität Potsdam)

Unterrichtsentwicklung und Professionalisierung in schulischen Netzwerken

Vorgelegt werden sollen Ergebnisse aus dem seit vier Jahren laufenden Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Reformzeit – Lernen in Partnerschaft“. Beteiligt sind 28 Schulen, die in sieben Bündnissen überregional vernetzt sind mit dem Ziel, Lehrerinnen und Lehrer zu befähigen, den individuellen Stärken und Schwächen der Schüler verstärkt durch einen individualisierenden Unterricht gerecht zu werden, dazu gemeinsam entsprechende Konzepte zu entwickeln, sie zu erproben und auszuwerten. Kompetenzerwerb im methodisch-didaktischen Bereich soll dabei verschränkt werden mit dem Erwerb von Schulentwicklungscompetenz und dem Ausbau professioneller Kooperation und Reflexion. Unterstützt wird dieser Prozess durch externe Berater, gezielte Fortbildungsangebote und begleitende Evaluation, deren Ergebnisse den Bündnissen und Einzelschulen laufend zurückgemeldet werden. Im Zentrum der Analyse steht dabei eine differenzierte Betrachtung

- der Kooperation auf horizontaler und vertikaler Ebene zwischen Akteuren in den Bündnissen und lokal in den Schulen (Kollegiumsmitglieder (schulintern und schulübergreifend), Schulleitung, externe Berater, außerschulische Partner, Fortbildungsanbieter, Schulaufsicht etc.);
- der Wirkung dieser Arbeit auf pädagogische Leitvorstellungen, Auseinandersetzung mit Bildungsstandards, pädagogische Profilierung, das Klima im Kollegium, Umgang mit Widerstand und Konflikten, nachhaltige Umsetzung der erarbeiteten Ansätze auf breiter Basis;
- der Rezeption der (stärker individualisierten) Unterrichtspraxis durch Schülerinnen und Schüler.

Methodisch werden Verfahren der quantitativen mit denen der qualitativen Sozialforschung kombiniert: standardisierte schriftliche Befragung von Lehrkräften und SchülerInnen, Einzel- und Gruppeninterviews sowie soziometrische Verfahren der Netzwerkanalyse. Während in der ersten Projektphase der Schwerpunkt auf einer Übersichtsstudie in allen 28 beteiligten Schulen lag, stehen in der zweiten Phase vertiefende Fallstudien in zwei Bündnissen und insgesamt sechs Schulen im Vordergrund. Zentral ist dabei die Rekonstruktion der Entwicklungsprozesse auf Bündnis- und Einzelschulebene, wobei die je unterschiedlichen Perspektiven der Akteure systematisch aufeinander bezogen werden.

Die Governance-Perspektive hat sich insofern als fruchtbar erwiesen, als sie es erlaubt, das Konstellationsgefüge, in dem sich die beteiligten Akteure bewegen, differenziert nachzuzeichnen. Intentionale (Steuerungs-)Aktivitäten mitsamt ihren Potentialen und Beschränkungen kommen dabei ebenso in den Blick wie institutionelle Regelungsstrukturen und informelle Regelsysteme. Die damit verknüpften Veränderungsprozesse und Wirkungen (oder auch ihr Ausbleiben) können analysiert und

mit direktiven und indirekten Steuerungsmaßnahmen in Beziehung gesetzt werden. Insbesondere gehen wir der Frage nach, ob und auf welche Weise transferfähiges Wissen und Können in solchen Prozessen entsteht und welche Auswirkungen überschulische Kooperation in Netzwerken auf innerschulische Zusammenarbeit nimmt.

Donnerstag, 25.11.2010; 17 35–18 15 Sitzungszimmer 4

Michaela Nietert (Universität Göttingen)

„Wir wollen uns das aneignen, es soll unser Projekt sein, unsere Mensa“ Governance und Schulkultur der Einzelschule am Beispiel eines gymnasialen Mensa-Bauprojekts

Das laufende Dissertationsprojekt mit dem Arbeitstitel „Die Schule steuern. Schulkultur und Governance“ beschäftigt sich anhand des Fallbeispiels eines niedersächsischen Gymnasiums mit

dem Zusammenhang der spezifischen Schulkultur und dem lokalen Steuerungshandeln im Rahmen der Inneren Schulentwicklung.¹ Dem liegt die These zugrunde, dass sich die Akteure in ihren Gestaltungsaufgaben auch auf die schulkulturellen Wissensbestände, Orientierungen und Handlungspraxen beziehen. Die Forschung zielt darauf ab, diese Bezüge innerhalb mikropolitischer Steuerungsmechanismen und -arrangements ethnographisch abzubilden. Drei Projekte des beforschten Gymnasiums – das Bauprojekt Schulmensa, der Entwurf eines Schulprogramms sowie die Entwicklung und Durchsetzung von veränderten Zeitstrukturen des Unterrichtstages (neue Rhythmisierung) – und die Auseinandersetzung der Akteure mit diesen Vorhaben werden zu diesem Zweck untersucht. In der Forschungswerkstatt soll exemplarisch das Mensa-Bauprojekt mit seinem Aushandlungsprozess schulischer und nicht-schulischer Akteure vorgestellt werden. Methodisch zentral ist der ethnographische Forschungsansatz, der zu einem vertieften Verständnis der prozessualen Organisationskultur Schule beiträgt.² Durch die Ergänzung um die governanceanalytische Perspektive wird der Komplexität des handelnden Zusammenwirkens auf dieser Ebene des Schulsystems Rechnung getragen.

¹ Das Dissertationsvorhaben ist eingebunden in das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) geförderten Drittmittelprojekt „Schulkultur“ des Pädagogischen Seminars und des Instituts für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie der Georg-August-Universität Göttingen unter der Leitung von Prof. Dr. M. Kraul und Prof. Dr. R. Bendix (Laufzeit Nov. 2007 – Nov. 2010).

² Die Feldforschung ist inzwischen abgeschlossen und beinhaltet teilnehmende Beobachtung in vier mehrmonatigen Feldphasen über zwei Jahre hinweg sowie Interviews und Gruppendiskussionen.

Themenspezifische Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe 1	Freitag, 26.11.2010; 11 15–12 45 Sitzungszimmer 4
	<p><i>Anne Bosche/Lukas Lehmann</i> (Universität Zürich)</p> <p>Auf der Suche nach den verborgenen Mechanismen</p> <p>Wie kann es der Bildungsforschung gelingen, offene und verborgene Mechanismen der Steuerung zu entdecken und Muster der Governance herauszuarbeiten? Welche Vorgehensweisen bieten sich für die Erforschung von Informellem an, wie sind (speziell in der historischen Bildungsforschung) mögliche Quellen zu finden und zu behandeln?</p> <p>Im Zuge der Kritik an der Steuerungstheorie der 1980er und 1990er Jahre hat sich in den letzten Jahren der Governance-Ansatz entwickelt, bei dem die Differenz zwischen Steuerungssubjekt und Steuerungsobjekt zugunsten von weiter gefassten Regelungsstrukturen in den Hintergrund gerückt ist. Governance als <i>analytisches</i> Konzept bezieht sich dabei nicht einfach nur auf einen Entscheidungsakt, sondern schliesst den Prozess der Entscheidungsfindung in jedem Fall mit ein und taxiert Steuerungsphänomene nach deren Grundmuster der Koordination. Anders als bei der früheren Steuerungsforschung werden in diesem Ansatz die an der politischen Gestaltung Beteiligten um wichtige Akteure erweitert. Der Governance-Ansatz bietet an, dass drei für die Analyse von politischer Steuerung und Gestaltung wesentliche Kategorien zusammen betrachtet werden: Sowohl die <i>Genese</i> eines Steuerungsentscheids als auch die letztliche <i>Umsetzung</i> und die <i>Wirkung</i> dieses Entscheids werden in die Analyse mit einbezogen.</p> <p>Während die traditionelle Steuerungstheorie einige wenige Steuerungsakteure in den Blick nahm, rückt die Governance-Perspektive „Akteurskonstellationen“ in den Fokus der Beschreibung und Analyse und bezieht damit systematisch auch peripher scheinende Mitspieler mit ein – die Analyse eines Mehrebenensystems erfährt somit eine Komplexitätssteigerung, nicht zuletzt aber zum Preis, dass der politische Entscheid zur gezielten Beeinflussung nicht mehr im Fokus des Interesses steht. Stattdessen rückt die Frage der Handlungskoordination von verschiedenen Akteuren, die sich gegenseitig beobachten oder beeinflussen können in den Vordergrund. Eine Analyse von politischer Steuerung wird infolgedessen durch den Einbezug von Entscheidungskontexten und vermeintlicher Entscheidvorbereitung bereichert und stellt somit eine Reaktion auf die Kritik an der früheren Steuerungsforschung dar, bei der vor allem die Annahme der linearen Umsetzung eines politischen Entscheids und die Einschränkung auf wenige politische Akteure bemängelt wurden.</p> <p>Mit dieser Fokusverschiebung steht die Analyse jedoch vor dem Problem der Abgrenzung von politischer Steuerung zu sozialem Wandel. Soll nun aber der Prozess politischer Gestaltung untersucht werden, muss die Analyse dennoch um einen zielgerichteten politischen Entscheid geschehen. Solche Entscheide im komplexen Mehrebenensystem der Steuerungsstrukturen zu identifizieren und die daran beteiligten Akteure zu bestimmen, stellt die Governance-Forschung deshalb vor theoretische wie methodische Probleme.</p> <p>Die Probleme der Erfassung von Akteuren sowie Steuerungsentscheiden treten in der historischen Bildungsforschung wiederum besonders hervor (Probleme der Vollständigkeit der Dokumentation, fehlende Möglichkeit validierende Interviews durchzuführen, methodische Probleme der <i>oral history</i>). Der geplante Beitrag soll sich einiger methodischen sowie theoretischen Implikationen annehmen, im Hinblick darauf, wie es der Bildungsforschung (und hier insbesondere der historischen) gelingen kann, offene und verborgene Mechanismen der Steuerung zu entdecken sowie dahinter liegende Muster der Governance herauszuarbeiten.</p> <p>Zur Beantwortung dieser Fragen werden einleitend einige theoretische Aspekte vorangestellt, um sie anschliessend anhand verschiedener methodischer Vorgehensweisen exemplarisch zu diskutieren.</p>

Freitag, 26.11.2010; 14 00–15 30 Sitzungszimmer 4

Roman Langer (Universität Linz)

Analyse von Governance-Mechanismen: Von der Evidenzbasierung zur Konstruktion von Erklärungsmodellen

Wie kann man Modelle von Governancestrukturen und -dynamiken erstellen, die empirische und theoretische Informationen über komplexe Wirkungszusammenhänge so miteinander verknüpfen, dass sie Erklärungen für rätselhafte und/ oder problematische Phänomene im Bildungssystem bieten?

„Die Governanceforschung hat die Bildungswelt bislang nur beschrieben, es kömmt aber darauf an, sie zu erklären“ – so könnte das – auf- und abklärerische – Interesse des Workshops zugespitzt formuliert werden. Da aktuell die Forderung nach Evidenzbasierung von Bildungspolitik und – nur in zweiter Linie – der Umgestaltung bildungsinstitutioneller Strukturen in aller Munde ist, und dabei in ein naives Verständnis empirischer Evidenz zurückfällt, will dieser Workshop einen Kontrapunkt setzen und betonen, dass empirisch verankerte und theoretisch reflektierte *Erklärungen* von Governance-Mechanismen und -Dynamiken in OECD-Bildungssystemen dringend nötig sind. Komplexe (und gleichzeitig verständlich aufbereitete) Erklärungsmodelle zu erzeugen hieße, den gespenstischen Zustand wenigstens nicht weiter zu verstärken, dass sich die entscheidenden Weichenstellungen in Bildung und Erziehung trotz exzessiver Datensammlung, Diskursausweitung und Evaluierung zunehmend jenseits demokratischer Bewusstseins- und Willensbildung abspielen.

Der Workshop geht in drei Schritten vor. (1) Zunächst wird kurz das Hintergrund-Verständnis von Governance-Mechanismen und -Dynamiken erläutert und eine methodische Form vorgestellt, diese zu rekonstruieren. Kurze, übersichtliche Anschauungsbeispiele werden gegeben: Erklärungsmodelle, die gewonnen wurden (a) aus einer Theorie, (b) aus der Integration mehrerer Theorien, (c) aus der Empirie, (d) aus der Integration von Empirie und Theorie. (2) Anschließend wird das Vorgehen praktisch erprobt. Zu diesem Zweck sind die Teilnehmer/innen eingeladen, Textausschnitte von höchstens zwei Seiten Länge mitzubringen, in denen ihrer Auffassung nach wichtige Einsichten über Governancephänomene im Bildungssystem enthalten sind. Diese Texte dienen als Material für unsere gemeinsame provisorische Konstruktion eines Erklärungsmodells für komplexe Governance-Phänomene. (3) In einer anschließenden bewertenden Diskussion werden Stärken und Schwächen des vorgestellten Ansatzes beurteilt.